

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Bezugspreis: 2000 Mark für einen Monat ohne die Post | Erscheinungstage: Mittwoch und Sonnabend
gebühr für Zustellung • Es ist nur Postbezug zulässig | Das einzelne Exemplar kostet 200 Mark, Porto extra

61. Jahrgang

Leipzig, den 7. Juli 1923

Nummer 64

Von den Lohnverhandlungen

Zu den Verhandlungen der Tarifkommission am 5. Juli wurden gehilfenseitig folgende Anträge gestellt:

1. Für die Woche vom 7. bis 13. Juli werden die Löhne um 130 Proz. erhöht mit der Maßgabe, daß die vom Reich wöchentlich festzustellende Indexsteigerung vom 14. Juli ab auf den heute festzusetzenden Lohn aufgeschlagen wird.
2. Sonderzulagen für die Kreise II, III und IV sowie für Hamburg.

Von den Prinzipalen wurde gefordert:

Für alle Orte der Kreise IX, XI und XII beträgt die neu festzusetzende Lohnerhöhung nur 50 Proz. der allgemeinen Lohnerhöhung.

Da sich nach mehrstündigen Beratungen keine Möglichkeit einer Verständigung ergab, wurden die Verhandlungen als ergebnislos abgebrochen und beschlossen, das Zentralschlichtungsamt zur Entscheidung anzurufen.

Das Zentralschlichtungsamt trat hierauf am nächsten Tage zu Beratungen zusammen. Über das Ergebnis dieser Beratungen können wir erst in nächster Nummer, die aus diesem Grunde einen Tag früher erscheinen wird, berichten.

Die Zeitungsverlegertagungen in Breslau

Der „Zeitungsverlag“ vom 22. und vom 29. Juni enthält die Berichte über die diesjährigen Tagungen der Zeitungsverleger. Die beiden Organisationen Verein Deutscher Zeitungsverleger und Arbeitgeberverband für das Deutsche Zeitungsgewerbe sind nur durch das Arbeitsgebiet getrennt. In dem, was sich auf die Arbeitsverhältnisse und Tarife bezieht, hat der seit einigen Jahren gebildete Arbeitgeberverband seine Zuständigkeit, in allem andern der Verein, der als Spitze und Stammverein anzusehen ist.

Der Arbeitgeberverband für das Deutsche Zeitungsgewerbe machte am 14. Juni den Anfang der Tagungen. Verbandsvorstand, Vertreter der Unterverbände und Engerer Vorstand hatten vorweg Beratungen gepflogen, so daß, wie es bei Unternehmer tagungen allgemein ist, die Hauptversammlung dann meistens „wie geschmiert“ geht. Die Vertretung des Deutschen Buchdrucker-Vereins ist als Selbstverständlichkeit anzusehen, die Anwesenheit des Presse-referenten der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände aber läßt erkennen, wie man auf gleichen Schritt und Tritt mit der übrigen Unternehmerschaft hält. Eine außerordentliche Mitgliederversammlung (Witzsburg) sowie fünf Sitzungen des Engeren und des Erweiterter Vorstandes zeugen von äußerlich nicht großer Tätigkeit. Mit den Geschäftsstellen des Vereins Deutscher Zeitungsverleger wurde im Mai d. J. eine Bureaugemeinschaft herbeigeführt, was sich aus praktischen und aus Gründen der Kostenersparnis gebot. Das Arbeitsgebiet des Verbandes soll sich erweitern und das Interesse an den Arbeitgeberfragen bei den Mitgliedern gesteigert haben. Es besteht nun ein fast lückenloses Netz von Landesverbänden. Die Notwendigkeit der Zusammenarbeit der Zeitungsverleger in Arbeitgeberfragen sei auch dadurch erwiesen, indem einzelne Mitglieder und einzelne Bezirke in bestimmten Angelegenheiten eine eigene Politik getrieben haben, was in seinen Konsequenzen zungunsten der Allgemeinheit der Verleger sich auswirken drohte und auch auswirkte hat. Diese Stelle in dem Bericht über die Tagung kann wohl dahin ausgelassen werden, daß ver schiedentlich die soziale Auffassung über das Buchstabengesetz gestiftet hat. Mit dem Deutschen Buchdrucker-Verein ist im vergangenen Herbst ein neuer Vertrag über die Zusammenarbeit in tariflichen Fragen abgeschlossen worden. Die Zeitungsverleger sind durch ihren Arbeitgeberverband daran mehr stille Teilhaber, dem DVB. steht die ausführende

Rolle zu. Aber es scheint, als ob der Arbeitgeberverband sich jetzt mehr Geltung verschaffen möchte. Die Zusammenarbeit beider Interessenverbände hat sich seit der Neuregelung im allgemeinen günstig gestaltet, allmählich hofft man zum Ziele zu gelangen. Das Vertragsverhältnis mit dem DVB. läuft auch mit dem Buchdruckerarif ab. Es wurde dazu noch keine endgültige Stellungnahme befaßt. Der Engere Vorstand erhielt vielmehr Berechtigung, je nach Notwendigkeit das Verhältnis zu verlängern oder zu kündigen. Die Verhandlungen über den Mantel-tarif der Buchdrucker sowie über die letzten Lohnabkommen wurden be-sonders erwähnt und die Mitarbeit der Unterverbände wie der ein-zelnen Mitglieder an solchen Fragen als Erfordernis hervorgehoben. Es wird sich danach unsererseits erforderlich machen, daß die über den DVB. dringenden „Zukunftslänge“ recht scharfes Hör- und Unter-scheidungsvermögen finden. Zu Ende dieses Jahres, bei der Tarif-erneuerung, kann schon gesetzt werden müssen, daß über dem Berge auch noch viele Menschen wohnen.

Während die Angestellten- und die Trägerinnentarife nur kurze Erwähnung fanden, allerdings mit der Ermahnung zu unbedingt und zuverlässiger Zusammenarbeit aller Landesverbände und Orts-gruppen, gab es über den Reichstarif der Redakteure sowie über die Tätigkeit der Reichsarbeitsgemeinschaft der Deutschen Presse eine aus-führlichere Berichterstattung und Diskussion. Der Bericht im „Zei-tungsverlag“ darüber leidet an Unklarheit; Fachmann spricht zu fach-tundig vorbereitetem Fachmann, während ein Nichteingeweihter die Dinge nach dieser Darstellung nicht auseinanderzuhalten vermag. Klar ist aber zu erkennen, daß zu dem vorliegenden Entwurf eines Reichs-tarifs der Redakteure zahlreiche Wünsche auf Abänderung aus Mit-gliederkreisen laut geworden sind, die die zum Abschluß berechnete Ver-handlungskommission mit auf den Weg bekam. Lebhaft wurden die von Redakteurseite gestellten bestimmten Bedingungen für die Annahme des Entwurfs bedauert; einzelne Punkte seien für die Verleger un-annehmbar. Es werden weitere Komplikationen bei den Ausschuhver-handlungen befürchtet. Die Redakteure bestimmen sich also mehr darauf, daß sie nicht um himmlische Güter, sondern um das tägliche Brot zu arbeiten haben, das doch nicht so knapp geworden wäre, wenn die Presse weit mehr der Anwalt der Allgemeininteressen wäre. Kürzlich waren Verhandlungen über Sonderzulagen für Rheinland-Westfalen bei den Redakteuren einmal vollständig aufgefliegen. Auf die sozialpolitische Gefährdung versucht der Arbeitgeberverband auch einzuwirken und will auch in bestimmten Fällen Erfolg dabei gehabt haben.

Der Verein Deutscher Zeitungsverleger hielt am 15. Juni seine 29. Hauptversammlung ab. Aus dem üblichen großen Rahmen der Begrüßungsreden sowie der vielen Ansprachen bei Arbeit und Vergnügen ist im allgemeinen wenig Gehalt zu schöpfen, obwohl gerade darüber die Berichterstattung breit läuft. Der Vorsitzende Dr. Krumbhaar (Wien) machte davon eine Ausnahme. Es ist be-achtenswert, welche hohe Gesichtspunkte er von der Presse entwickelte. Hierin gleicht er seinem Vorgänger Dr. Faber (Magdeburg). Jeden-falls sind die Repräsentanten so alter, noch immer in Familienbesitz geliebener Zeitungsverlage dazu weit eher befugt als die vom Groß-kapital her eingeführten und eingewanderten modernen Verlagsdirek-toren. Der Vorsitzende meinte, die „alte Staatsobervanz“ habe kein rechtes Verhältnis zur Tagespresse gefunden, weil diese sich nicht in ihren Schematismus habe eingliedern lassen; man habe sich aber nun die Stelle im öffentlichen Leben erobert, die ihr nach dem Maße ihrer politischen und kulturellen Bedeutung zukomme. Die Republik zeige also größeres Verständnis der Presse gegenüber; wenn diese der Repu-blik das allgemein besser entgelten würde, käme erst das richtige Ver-hältnis zustande. Es ist einfach traurig, was von Seiten der Presse gegen die neue Staatsobervanz gesündigt wird durch Verschlebung der politischen und der wirtschaftlichen Reaktion. Die Furcht vor dem Ein-bringen fremden und feindlichen Kapitals in die deutsche Presse, die der Vorsitzende zum Ausdruck brachte, ist angesichts der stark erschweren Existenzverhältnisse wie infolge der Verkümmern des ekanen Aus-landsdienstes durch die traurigen Verhältnisse nicht un-angenehm. Der Weg dazu bereitete aber doch erst das deutsche Groß-kapital, das mit seiner rücksichtslosen Preis- und Devisenpolitik alles kaputt macht. Auf der Breslauer Tagung hat man neben den allge-meinen großen Raub wieder sehr wenig vernommen. Dr. Krumbhaar betonte jedoch manche unbestreitbare Notwendigkeit: Verleiderdeals-

mus, das Gefühl stärkster eigener Verantwortlichkeit gegenüber der Gesamtheit, Hochhaltung der Unabhängigkeit des Zeitungswezens; diesen idealen Punkten habe die Zeitungsverlegerorganisation stets zugestrebt. Wir wünschen, daß sich zwischen der Erkenntnis an der Spitze und der Entschlußkraft zur Tat bei den Mitgliedern mehr Übereinstimmung einstellt. In seiner weiteren Berichterstattung fanden die seit der Hamburger Tagung erzielten Erfolge Anführung: Fallen der bestandenen Anzeigensteuer und eine erträgliche Besteuerungsart dafür, Erhöhung der Postzeitungsgebühren nur in mäßigen Grenzen, Verlegung des Zeitungspapiers in eine niedrigere Frachtklasse, Erhöhung der Lombardgrenze von 60 auf 60 Proz. des Papierwertes, das Notgesetz für die deutsche Presse. Das Aufgeben des Vereins großstädtischer Zeitungsverleger, der aus den größten Berliner Blättern sich in Oppositionsstimmung schon vor Kriegsausbruch gebildet hatte, in die Hauptorganisation wurde bekräftigt. Daß der vom Poincarismus schwer drangsalirten Zeitungsverleger an Ruhr und Rhein, von denen gar mancher eingekerkert ist oder mit Familie von Haus und Hof vertrieben wurde, ehrend vom Vorsitzenden gedacht wurde, war ein Akt der Selbstverständlichkeit. In den Ansprachen der Ehrengäste lehrte immer wieder die Not der deutschen Presse, über deren Hauptursache anscheinend noch sehr in die Ferne geschweift wird, wo doch das Schlimmste so nahe liegt. Der Vertreter der schlesischen Presse verglich die Presse mit dem Nervengewebe des Volkskörpers; wenn nun der Volkskörper leidet, wird auch die Presse in Mitleidenhaft gezogen. Dieser Vertreter der Redakturen sagte auch, seitdem die deutsche Presse nicht mehr die Möglichkeit habe, wie die Presse anderer Länder durch Berichterstattung und Vertretung im Auslande zu wirken, habe das deutsche Volk auf den großen Plätzen des Auslandes keine Zunge und Stimme mehr. Durch den Frieden gewalttätiger Unsinns hat man dem auf den Weltmärkten sehr gefährlichen Deutschland gewiß den Zutritt versperrt. Wir haben es aber früher schon nicht grobartig verstanden, Presse und Auslandspolitik auf zusammenarbeiten zu lassen. In Amerika könnte heute auf finanziell noch nicht verschütteten Wegen der ganz sicher nicht die Wahrheit über alles stellenden französischen Propaganda so manchesmal das Konzept verdorben werden.

Aus dem eigentlichen geschäftlichen Teile ist erwähnenswert, daß der letztmalige Voranschlag infolge der Zeitverhältnisse um das Dreifache überschritten worden ist. Man stellt deshalb keinen Voranschlag mehr auf, was durch ein neues System der Beitragsberechnung auch leichter gemacht wird. Dieses geht nicht mehr von festen Sägen aus, sondern vom Verbrauch und vom Preis des Papiers. Zugrunde gelegt wird der Papierpreis vom April 1922. Es werden so 23 Beitragsabteilungen bestehen, gegen jetzt 26. Da die so zusammenkommenden Beiträge aber noch nicht ausreichen würden, soll die Erhebung einer fünfprozentigen Abgabe von den Rückvergütungsbeträgen beibehalten werden und die Rückvergütungskasse zum unmittelbaren Abzuge berechtigt sein. (Das Notgesetz für die Presse hat die Errichtung der Rückvergütungskasse zur Folge gehabt. In diese werden alle durch das Gesetz vorgeordneten Abgaben zugunsten der Presse geleitet.)

Über die Rückvergütung und das Notgesetz wurden in einem besonderen Referate nähere Ausführungen gemacht. Was in dieser Beziehung geschehe, sei nur ein Tropfen auf den heißen Stein gegenüber dem, was die Zeitungen zu leisten haben. Die neuen Ausführungsbestimmungen zu dem Notgesetz haben die Zustimmung des Vereins der Zeitungsverleger nicht gefunden; die Vereinsleitung wollte Bestimmungen vorsehen, mit denen erfolgreich gegen Schmuckkonkurrenz und Preisfleherei vorgegangen werden könne. Reichsrat und Reichstag waren dafür aber nicht zu haben, sondern gingen nur bis zu folgender Bestimmung mit:

Die Rückvergütung kann aberkannt werden, wenn der Verleger wegen einer mittels der Presse und zum Nachteil des Zeitungsgewerbes begangenen Zuwiderhandlung gegen das Gesetz über den unfauleren Wettbewerb im Preis- oder Strafverfahren rechtskräftig verurteilt wird. Ist ein Verfahren dieser Art eingeleitet, so kann die Zahlung der Rückvergütung bis zur rechtskräftigen Beendigung des Verfahrens vorläufig eingestellt werden, sofern dringender Verdacht einer die Interessen des Zeitungsgewerbes erheblich verletzenden Zuwiderhandlung begründet ist.

Man sollte meinen, damit könnten die Zeitungsverleger zufrieden sein. Die Rückvergütung ist an sich eine nicht ganz zweifelsfreie Sache. Man hat sie ja schon in einer früheren Periode anders geartet gehabt, seitdem der Papiertrunk im Verein mit der stark stinnesierten Zellulosefabrikation als Konjunkturpolitik trieben. Da die Zeitungsverleger gegen diese Kapitalmächte nicht glauben aufkommen zu können, so wird von ihnen fortgesetzt der Staat um Hilfe angerufen. Wegen der grundsätzlichen notwendigen Bewertung der Presse als Kulturfaktor — das tatsächliche Genügen steht oft auf einem andern Blatte —, können für die Presse auch Ausnahmen gewährt werden. Aber so weit zu gehen, den Staat auch noch als Mittel einzuspannen, um den letzten Schmuckkonkurrenten unter den doch kein großes Meer darstellenden Zeitungsverlegern zur Nässe zu bringen, das ist zu viel Schutz verlangt von einer Organisation, die die Macht der Presse nicht zum Schutz der Republik einstellen kann und dazu wegen der „Freiheit der Presse“ nicht einmal gewillt ist.

Vehreiß waren die Ausführungen zur Papierpreisfrage und den daraus für die Presse entstehenden großen Schwierigkeiten. Professor Wolff (Dresden) erklärte die Einzelheiten des kontradiktatorischen Verfahrens im Reichswirtschaftsministerium über die Papierpreisfestsetzung, die monatlich erfolge, die aber von den Zeitungsverlegern seit langem früher gefordert gewünscht werde, was jedoch vor dem 26. und 27. des Monats nicht möglich zu machen sei, da über die Vorprodukte erst Klarheit geschafft werden müsse. Er unterzog die ganze Papierholz- und Zellstoffwirtschaft einer eingehenden Kritik (über die jedoch leider nichts Näheres in dem Bericht gesagt wird) und betonte die zwingende Macht der Tatsachen, daß bei dem Papier der Zellstoff, bei dem Zellstoff

die Auslandsvaluta die maßgebende Rolle spiele. Danach ist also alles unabänderlich, so toll auch die Dinge hier liegen. Wir glauben das aber um so weniger, als die drei Gruppen: Papierholz, Zellstoff, Papierfabrikation, sich schon die wunderbarsten Sachen an den Kopf geworfen haben. Wenn Professor Wolff weiter meinte, die Verlegervertreter könnten bei den Papierpreisverhandlungen nur die großen wirtschaftlichen Erscheinungen in ihrer besonderen Bedeutung auf das Druckpapier und auf die deutschen Zeitungen abmildern, sie irgendwie bestimmend zu verändern, sei „natürlich“ ein Ding der Unmöglichkeit, so kann und muß man hier ebenfalls anderer Meinung sein. Die Preisbewegung beim Papier — noch dazu mit einem Leiter des Reichswirtschaftsministeriums wie dem Großindustriellen Dr. Beder — kann durch eidesstattliche Verpflichtung der Verhandlungsteilnehmer und andern Kram „natürlich“ nicht auf das Geleis gebracht werden, auf dem es noch ein Vorbeigleiten an dem Abgange gibt. Diese Preisbewegung muß vielmehr von der Presse in den Mittelpunkt der Öffentlichkeit gestellt werden, um zu untersuchen, ob es anders geht oder nicht. Aus den jahrelangen Demonstrationen hat man nur den Eindruck gewinnen können, daß es anders geht. Ob unnötigerweise zum Auslandholz gegriffen wird, damit die Preise höher bugstert werden können, das ist die Frage. Wir haben vor einer Woche auf einem einzigen sächsischen Gebirgsstrich enorme Mengen Papierholz aufgetürmt gesehen. Es ist unbegreiflich, daß die Zeitungsverleger nicht den richtigen Versuch machen, die Öffentlichkeit auf Urteil aufzurufen, obwohl sie doch schon seit Jahrzehnten mit dem Papierfabrikanten wegen der Preisstellung Krieg führen. Auch auf der Breslauer Tagung wurde alles wieder fatalistisch hingenommen. Der Referent warf aber selbst die bange Frage auf, wie lange eine solche Preisgestaltung noch gehen könne, ohne die Art an die Wurzel der Unternehmungen, nämlich an die Abonnentenziffern, zu legen. Nun, ehe es so weit kommt, muß doch alles versucht werden! Das ist man der Öffentlichkeit und den Gewerbeangehörigen schuldig, die von den Betriebsbeschränkungen doch mit hart betroffen werden. Wenn jetzt schon Zeitungszusammenlegungen bis zu 20 aus einem Kreise (Oberschwaben; siehe unter „Korrespondenzen“ in dieser Nummer) gemeldet werden, so ist das auch für die Gehilfen eine schlimme Entwicklung. Daß bei Blocklegung der ganzen Verhältnisse die Konjunktur- und die Syndikatspolitik nicht auf wegkommen würden, dürfte sicher sein. Wenn die Zeitungsverleger auch nur als eine kapitalistische Gruppe zu drei andern stehen, so brauchen sie wegen dieses ungleichen Verhältnisses noch nicht zu kapitulieren, denn sie vermögen ja die öffentliche Meinung mobil zu machen, was die andern nicht können. Aber das niemals zu versuchen, immer nur laut aufzuschreien, wenn aus dem Bederschen Himmel gennerscher der neue Papierpreis herniederkommt und dann händeringend zum Vater Staat zu laufen, das verstehe, wer kann. Wir verstehen aber auch nicht, wenn man einmal aus Papierarbeitkreisen so etwas kam wie Rechtfertigung der Papierpreise, obwohl diese offenkundig in großen Sprüngen dem allgemeinen Preisniveau voraus waren. Wir halten es da mit den Druckpreisen anders. Konnte der Vorsitzende des Zeitungsverlegervereins in seiner vorweggehenden warmen Anerkennung des Notgesetzes sagen, man habe damit endlich anerkannt, „daß die großen nationalen und kulturellen Werte der deutschen Presse nicht dem freien Spiel der Kräfte geopfert werden dürfen“, so muß dem gegenüber gefragt werden, ob der offene ehrliche Kampf nicht die erste Notwendigkeit bildet gegen Ausbeutung? Die Zeitungsverlegerorganisation kann auch mit ihrer Breslauer Tagung, zu einem Zeitpunkte der Preis höchstspannung, wieder nicht imponieren.

Bewerkswert war die Übereinstimmung, die Leserschaft vor die Alternative bedeutender Preiserhöhungen zu stellen. Die gegenwärtigen Bezugspreise wären den Verhältnissen zu sehr hintennach geblieben. Für den Juni und Juli würde ein großer Ausfall an Bezugsgebern zu verzeichnen sein, da ein Nachkommen so nicht möglich wäre. Ein Berliner großer Verleger betonte, daß die großen Verlage besonders unter den heutigen Verhältnissen zu leiden hätten. Für Auslandsdienst, der dem Handel, dem Gewerbe und der Politik zugute komme, erfordere Summen, die selbst die Existenz von großen Verlagen das äußerste erschweren. Man müsse dem Publikum sagen, daß von Idealismus niemand leben könne und deshalb fordern, was wirklich notwendig sei. Ein Provinzredner berichtete, daß in Hildesheim ein Studientrat gegen drei dortige Zeitungen Anzeige wegen Preissteigerung erstattet habe; vor dem Kriege wären 75 Pf. zu bezahlen gewesen, zu Anfang Mai aber 3600 M., das gehe doch nicht mit richtigen Dingen zu. Die Sache sei selbstverständlich im Sande verlaufen. Es wurde dann eine Erklärung an die Öffentlichkeit im Sinne außerordentlicher Bezugs- und Anzeigenpreiserhöhungen beschlossen.

Die Anwendung von Teuerungszahlen auf die Berechnung der Bezugs- und der Anzeigenpreise kam zu einer längeren Erörterung. Es sind schon Vorträge darüber gehalten und Artikel darüber geschrieben worden. Wenn wir aus den nur andeutend gehaltenen Bemerkungen im Bericht richtig schlüsselfolgern, dann handelt es sich dabei um die Einführung des Schlüssel-systems, was es der Verein Bayerischer Zeitungsverleger bereits besitzt. (Zahl 750.) Man erkannte eine allgemein organisierte und vereinfachte Preisbildung aus dem Grunde der jetzigen großen Unterschiedlichkeit der Kreisweisen Festsetzung an (tatsächlich weisen nebeneinanderliegende Kreise manchmal beträchtlich ab von einander); dann aber wäre bei einer Umkehr der Verhältnisse, bei etwaiger Währungsstabilisierung, ein allgemeiner geregelter Abbau sehr notwendig. Ein hildesheimer Redner hatte Beispiele angeführt, wie für Mai in benachbarten Bezirken es mit den Bezugspreisen teils auf-, teils abwärts gegangen sei, was zu den schlimmsten Verwicklungen geführt

und das Publikum argwöhnisch gemacht habe. Die Frage der Leuzerungszahlen wurde zur weiteren Beratung einer Kommission überwiesen.

Interessant war die Anführung, daß die Postzeitungsgebühren sich noch auf einem Standpunkte befinden, als der Brief 60 Pf. kostete. Zum 1. Oktober werde aber eine mäßige Erhöhung eintreten. Gegen die Erhöhung der Telephonengebühren um das Fünffache wurde eine telegraphische Eingabe gemacht und nur um Verdoppelung gebeten.

Die Breslauer Tagungen der Zeitungsverleger gestatten manchen bemerkenswerten Einblick, hinterlassen in der Hauptsache jedoch nicht die Befriedigung, die von einer so geschlossenen Organisation zu erwarten steht. Unmögliches verlangen ja auch wir nicht.

Pressehede um die Unabhängigkeit der Presse

Ein Blick hinter die Zeitungsküsten. Nachdem kürzlich der „Sozialdemokratische Pressebeobachter“ eine wohl doch etwas vergrößerte Meldung über Absichten von Stinnes mit den von ihm nun auch gekaperten „Frankfurter Nachrichten“ gebracht hat, unternahm es Georg Bernhard, ein Mann vom Bau, in der „Vossischen Zeitung“ etwas stärker hinter die Kulissen der Presse zu leuchten. Er schreibt da u. a.: „Eine große Reihe von Zeitungsunternehmen ist heute Aktiengesellschaften oder Gesellschaften mit beschränkter Haftung, und niemand weiß, wer die Aktionäre und wer die Anteilseigner sind. Zum Teil sind diese Anteile wieder im Besitze anderer Gesellschaften, deren Anteilseigner wieder niemand genau kennt. Als nach dem Kriege die Not der Presse einsetzte, die das große Sterben vieler Blätter mit sich brachte, da machte sich die Schwerindustrie diese Notlage zunutze; sie, die an den Inflationsgewinnen immer reicher wurde, kaufte Anteile von Zeitungen und ganze Zeitungen durch die von ihnen schon während des Krieges gegründeten Unternehmen in Massen zusammen. Teils kauften sie die Besitzer mit, teils kauften sie die Besitzer aus. Während der eine Teil der Großindustrie, der zum Teil mit gewissen Kreisen der Landwirtschaft verflochten ist, die Gelder dazu hergibt, notleidende Blätter aufzukaufen, trägt der andre zu ihrem Unterhalt dadurch bei, daß er erhebliche Fonds in Form von Inseratenverbindungen zur Verfügung stellt. Einzelne Unternehmen werden zur Verfügung solcher Fonds geradezu gezwungen, weil Großindustrielle, die an Zeitungen beteiligt sind, die Vergebung von Lieferungsaufträgen an manche Firmen davon abhängig machen, daß in den Blättern des betreffenden Unternehmens inseriert wird.“ Bernhard ist ein sachkundiger Mann, aber wenn er schon 90 Proz. der deutschen Presse als nicht mehr selbständig betrachtet, dann geht auch uns das über die Vorstellung, die wir von dem inneren Niedergang der deutschen politischen Zeitungen haben. Die „Frankfurter Zeitung“ bezweifelt auch die Höhe dieser Zahl, meint jedoch, es könne leicht dahin kommen. Dem halte man nun entgegen, was der Reichstagsler Cuno in Münster für eine hohe Meinung von der Presse äußerte und wie man sich in Breslau mit der Unabhängigkeit der Presse geäußert hat.

Diese Notiz ist seit zehn Tagen für die „Rundschau“ des „Korr.“ bestimmt, konnte aber noch nicht untergebracht werden. Was Georg Bernhard in der „Vossischen Zeitung“ wörtlich über die Verdrängung der Presse geschrieben hat, ist uns nicht bekannt. Die größere Zitierung in der „Frankfurter Zeitung“, die uns als Grundlage diente, hat manche eigenartige Sätze aufzuweisen, ersahen uns aber vor allem im Kern der Behauptung zu weit gegangen. Da wir trotzdem mit den Entwicklungstendenzen der politischen Tageszeitungen gar nicht zufrieden sind, aber mit dem Aussage in der „Frankfurter Zeitung“ nicht viel mehr anfangen konnten, so entschlossen wir uns, in Anbetracht der Wichtigkeit der Sache wenigstens eine bezugnehmende Notiz zu bringen und kurz unsere Meinung zu sagen.

Der „Zeitungsverlag“ kommt nun in seiner Nummer vom 29. Juni in einem großen offiziellen Artikel auf den von Georg Bernhard über „Die Freiheit der Presse“ in der „Vossischen Zeitung“ geschriebenen Aufsatz zu sprechen. Das geschieht in so heftiger, den Sachverhalt aber wenig klärender, die wirklichen Verhältnisse viel eher umkehrender Form, daß wir uns im Interesse der die große Allgemeinheit stark berührenden Sache etwas damit beschäftigen müssen. Da vorausgehend eine eingehende Befassung mit der Hauptversammlung des Vereins Deutscher Zeitungsverleger erfolgte, auf der die Selbständigkeit und Unabhängigkeit der Presse in allen Tönen Hervorgehoben fand, trifft es sich ja gut zusammen.

Der „Zeitungsverlag“ stellt Bernhard in verschiedenen Bildern vor: als Chefredakteur der „Vossischen Zeitung“, als langjähriger Führer des im Reichsverband der Deutschen Presse vereinigten Teiles der Redakteure, als Schrittmacher bei der Bergewerkschaftlichung der Redakteure, als gewesener Verlagsdirektor des „Wolff-Verlags“, als führendes Mitglied des Reichswirtschaftsrates, als sozialistischer Chefredakteur eines bürgerlichen Blattes (wobei die „Vossische Zeitung“ selbst einen schweren Seitenhieb abbekommt, der direkt unangenehm berührt). In breiter Form wird Bernhard unterstellt, er wolle in dieser tendenziösen Weise die Notwendigkeit eines Journalistengesetzes begründen, wobei die soziale Fürsorge der Zeitungsverleger für die Redakteure Herausstreichung findet. Bitter ist es für das Zeitungsverlegerorgan, auf die Feststellung von Bernhard eingehen zu müssen, daß auf der Pressekonferenz in Münster sogar der preussische deutschnationale Abgeordnete und Chefredakteur der „Deutschen Tageszeitung“, Baedeker, auf die Bedrohung der

Unabhängigkeit der deutschen Presse im Sinne des Bernhardschen Artikels hingewiesen habe. Baedeker wie Bernhard, die im Reichsverband der Deutschen Presse mit an der Spitze stehen, werden gedrängt, Beweise zu erbringen; man werde darin nicht nachlassen. Die Reichsarbeitsgemeinschaft im deutschen Zeitungsgewerbe werde sich ebenfalls mit der Angelegenheit befassen müssen. Sie gehe auch die Regierung an, das Ausland könne die angebliche Kaperung der Presse durch die Schwerindustrie gegen Deutschland tüchtig ausnützen. Unerbittet nennt der „Zeitungsverlag“ die von Bernhard gekennzeichnete Arbeitsteilung: „Der Journalist schreibt, der Verleger rechnet“. Oft genug sei nachgewiesen, daß Verleger auch Redakteure seien.

Zur Sache selbst, d. h. zur Abweisung Bernhards mit der von ihm gezeichneten Verdrängung der Presse, möchten wir den „Zeitungsverlag“ mit einigen Sätzen sprechen lassen: Man müsse sich fragen, wie es möglich sei, daß von 60 Millionen Deutschen nach der Darstellung des Herrn Bernhard 54 Millionen täglich reaktionäre Blätter der Schwerindustrie lesen, ohne es zu merken. Wenn man allein schon die sozialistischen und kommunistischen Blätter, die christlichen Gewerkschaftszeitungen und die sämtlichen Parteizeitungen abziehe, so könne man an den Fingern einer Hand nachrechnen, daß die übrige Rechnung des Herrn Bernhard nicht stimme. Wer die bekannten Blätter der deutschen Großstädte sich vor Augen führe, müsse zugeben, daß in Berlin die „Morgenpost“, „Mosses“ sowie die großen Finanzblätter ohne weiteres auscheiden. In Königsberg, Hamburg, Frankfurt a. M., Köln, Magdeburg, Dresden, Leipzig, Stuttgart, Mannheim, Breslau seien gerade die größten Zeitungen in Privatbesitz; in andern Großstädten liege es ebenso, eine Auslese wäre mit dieser Aufzählung nicht beabsichtigt. „Wahr ist lediglich, daß bekanntermachen Herr Hugo Stinnes die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ und die „Frankfurter Nachrichten“ gekauft hat, und daß Herr Eugen Berg und seine Gruppe betriebligen andern Zeitungen kapitalistisch beteiligt sind, daß aber von den in Deutschland erscheinenden weit über 2000 Zeitungen noch nicht 5 Proz. jemand anders gehören als ihren bekannten Herausgebern.“ Wenn neun Zehntel der deutschen Presse heimlich von Deuten gekauft seien, die die Öffentlichkeit und die Leser zu ihren Zwecken mißbrauchen, würden sich also auch neun Zehntel der deutschen Redakteure zu diesem Handwerk mißbrauchen lassen. Es müsse dem Reichsverband der Deutschen Presse überlassen werden, die neun Zehntel der deutschen Redakteure gegen eine solche Unterstellung zu schützen.

Das ist das Markanteste, was zur Sache selbst gesagt wird vom „Zeitungsverlag“.

Der „Korr.“ hat, wie auch die Einleitung dieses Artikels in Gestalt einer noch nicht unterzubringen gewesenen Rundschauenotiz zeigt, die Selbständigkeit der Presse immer als ein großes Erfordernis für eine gesunde Politisierung Deutschlands betrachtet. Wenn wir darin trotz 1918 nicht weiter sind, und daß wir wirtschaftlich so klaffend in den Morast gerieten, hat seine Ursache auch an der Presse, und das keineswegs in letzter Linie. Die schlechte Lage der Presse selbst kann nicht entschuldigend in das Feld geführt werden. Die Schwierigkeit der neuen Verhältnisse erklärt manches, nicht aber den systematischen Widerstand gegen das Neue; den können auch nicht Parteien, Vereine und Wanderversammlungen so großziehen. Daran zeigt vielmehr die Presse, daß ihr Erziehungskraft innewohnt; sie setzt sie eben verkehrt ein. Mit einem Worte, dem Fortschritt, der Herrschaft des Volkes und dem Dienst am Volke wird weniger gedient, aber verblühterem Pflunder und alten Staatsobservanzen gern noch Tribut gezollt. Hätte sich die Presse allgemeiner anders eingestellt, auch die Kampfreue am Volkstörper hätten nicht so aufkommen können. Weil wir wissen, daß nicht jeder Deutsche von heute auf morgen Sozialdemokrat werden kann, hätte die bürgerliche Presse aus sich heraus eine ganz andre Mission finden sollen. Die Münstersche Rede des Reichstagslers, der auch wir im allgemeinen beitreten konnten, war doch gewiß ein beachtliches Anzeichen, daß vieles nicht stimmt. Wäre die Presse wirklich so unabhängig, wie sie der „Zeitungsverlag“ erscheinen lassen will, dann gäbe es ja all das nicht. Die paar unbelehrbaren, verstockten Bosaunenbläser für den Rückschritt könnten dann unbemerkt kurzweilig sich die Zeit vertreiben.

Es ist auch nicht nur die Schwerindustrie, sondern das Großagrarentum hat ebenfalls sich einen Nasonanzboden in der Presse zu verschaffen verstanden. Hier geschieht es mehr auf dem Parteivwege, was oft auch nur schwer erkennbar ist. Die Pressekonzerne, die durch Zusammenschluß von mehreren Zeitungen aus der eigenen gewerblichen Sphäre oder durch Familienbesitz gebildet werden, sollen hier ganz außer acht gelassen werden.

Bernhard erfährt die gleich derbe Behandlung wie der „Korr.“ einmal in der mittleren Kriegszeit, als wir von der Zeitungsverlegerorganisation hinter Auffassungen über die Entbehrlichkeit der noch verbliebenen Gehilfen kamen, die den Anschauungen allenthalben entgegenstanden. Man schlug auf uns los, mußte nachher aber einsehen, daß durch eine falsche Ausdrucksweise es erst zu solchen Annahmen kommen konnte. Daß sich der „Zeitungsverlag“ schützend vor die Presse stellt, muß erwartet werden; er braucht das in einer Erregung über Bernhard aber nicht mit einer Entrüstung zu tun, die in Anbetracht der Tatsachen erst noch den Eindruck erweckt, daß Bernhard schon in weitem Maße recht haben müsse, ansonst stößt eine solche Erregung doch erübrige. Was Bernhard, der ja kein zehnteljähriger Journalist ist, inzwischen dem „Zeitungsverlag“ beantwortet hat, ist uns nicht bekannt, tut auch schließlich gar nichts zu unserer Stellungnahme.

Bernhard schrieb, man müsse da in vielen Amtsgerichten Deutschlands die Aktien durchstoßern können, um über die Eigentumsverhältnisse der Zeitungen völlige Klarheit zu bekommen; er unterscheidet auch zwischen Ankauf und Anteil. Von den großen Nachrichtenbüros und von den Annoncenerpeditionen, also erst vorbereitenden Stätten für die Presse, sagt der „Zeitungsverlag“ gar nichts. Was er als verflämmt mit 5 Proz. zuzibt und mit der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ sowie den „Frankfurter Nachrichten“ seine Krönung finden läßt, ist doch eine solche lächerliche Geringschätzung, daß den Schreiber der Mittheilung auf Bernhard dabei wohl nur die Absicht geleitet haben kann, den Teufel mit Beelzebub auszutreiben. Das Industrie- und das Finanzkapital, das auf wirklich raffinierte Weise sich im Hintergrunde zu halten versteht und doch seine Puppen in der Presse tanzen lassen läßt, muß ja über den Naosling im „Zeitungsverlag“ noch stillvergünstig lächeln als über den die Verstrüstung mit über 90 Proz. zu schwarz lebenden Georg Bernhard. Wenn der „Zeitungsverlag“ die bekanntesten Zeitungen in Deutschland aufmarschieren läßt, um zu zeigen, wie stünesrein die siebente Nacht noch ist, dann kann man nur sagen: Wenn es gar schon so weit wäre, dann Schluß! Dann könnte Stinnes aus den „Frankfurter Nachrichten“ anstatt 30 neue Zeitungen auch gleich 2000 machen, es wäre für ihn so profitabler, und das ist doch die Hauptsache. Der Leser kann und soll verbleiben, aber er muß bezahlen. Es ist uns auch nicht wesentlich, ob Dr. Einstein mit den von ihm behaupteten 72 Zeitungen in Deutschland, die Stinnes schon verflücht haben soll, recht behält.

Wir sagen vielmehr: Stinnes hat sich in unerwünschtem Umfange in die deutsche Presse eingang verschafft, direkt und indirekt, der Eugenbergs-Konzern, der Otto-Wolff-Konzern und dieser oder jener Kreis von Industriellen und Finanzmännern auch, desgleichen von der Landwirtschaft her sehr kapitalkräftige Vereinigungen. Auch die „Frankfurter Zeitung“ befürchtet, daß die Presse mehr noch auf dieser schiefen Bahn abrutschen wird. Wenn die große Entrüstung des „Zeitungsverlags“ über den Bernhard-Artikel dahin erklärt werden kann, daß es anrüchig ist, wenn ein Zeitungsunternehmen zum Zwecke besonderer Interessenswahrnehmung sich aufkaufen oder beeinflussen läßt, dann möge das in der bürgerlichen Presse allenthalben als ernste Mahnung Beachtung finden.

Das „billige“ Ostpreußen

Bei den in letzter Zeit erfolgten Lohnverhandlungen konnte man wahrnehmen, in welcher Fähigkeit unsere Prinzipalität bemüht ist, den Lohnabbau in die Wege zu leiten. Ganz besonders liegt ihnen der Osten am Herzen, also nach ihrer Meinung die fetten Pründe vorhanden sind. Nachdem es ihnen schon gelungen ist, den Ortszuschlag um 2½ Proz. zu kürzen, sind sie bemüht, einen weiteren Abbau vorzunehmen. Man sollte meinen, weil unsre Prinzipalität beim Lohn a u f b a u die Letzten waren, es auch beim a b b a u sein sollten. Aber hierin sehen wir uns sehr gesäuht; immer und immer wieder bekommen wir zu hören von den hohen Löhnen und dem „billigen“ Osten. Schön! Wir sind gastfreundlich und laden die Herren Prinzipale zu einer Autofahrt in das billige Ostpreußen ein, damit sie dort Land und Leute und auch die ortsüblichen Preise kennen lernen. Im letzten Punkte würden die Herren aber arge Enttäuschungen erleben.

Woher sollen denn die billigen Preise kommen?? Liegen etwa die wirtschaftlichen Verhältnisse hier günstiger als im übrigen Deutschen Reich? Das Gegenteil ist der Fall. Einmal sprechen hier die hohen Frachtkosten mit, und für das übrige sorgen die Händler, die die Lebensmittel zu den denkbar höchsten Preisen aufkaufen, um sie zu verschleichen. Die Folge davon ist, daß die Teuerung mit jedem Tage steigt. Ja, in der Großstadt kauft man manches billiger und vorteilhafter als wie hier. Dieser Tage war es, als eine von Berlin hier in Braunsberg auf Besuch weilende Familie im Fleischerladen erklärte: „Bei uns ist ja das Fleisch billiger als wie hier!“ Solche Beispiele könnte man mehr anführen. Oder glauben die Herren, der Besitzer oder Bauer gibt seine Butter oder Eier billiger ab? Weit gefehlt! Dafür sorgen schon die Händler, daß die Preise anstehen. Was schert sich der Bauer um den kleinen Mann, der notdürftig sein Leben fristen muß, wenn er nur immer mehr seine Truhe füllen kann mit Papierlappen!

Ferner wird von der Prinzipalität auf die niedrige Entlohnung der übrigen Arbeiterschaft im Osten hingewiesen. Ja, warum werden denn die Löhne so gedrückt? Sehen wir uns doch einmal das Leben dieser Leute an! Die ganze Familie, bestehend aus drei bis fünf Kindern, in einem Zimmer! Ist das der Gesundheit förderlich? Spricht das nicht jeder sittlichen Auffassung Hohn? Und um den täglichen Unterhalt zu erschwingen, muß die ganze Familie mitwirken; muß, während der Mann in Arbeit sich befindet, die Frau mit den Kindern das nötige Brennmaterial aus dem Walde beschaffen! In eine Neubekleidung von Kleibern ist bei den heutigen Preisen überhaupt nicht zu denken.

Will man uns Buchdruckern dasselbe zumuten und mit dem ungelerten Arbeiter gleichstellen? Man sollte meinen, unsre Prinzipalität schäme uns Buchdrucker vermöge unsrer geistigen Tätigkeit etwas höher ein. Oder fängt auch bei ihnen der Mensch erst bei dem Akademiker an?

Gar oft bekommt man die hohen Löhne zu hören; bei Abonnementserhöhungen werden die Leser immer und immer wieder auf die „hohen Löhne“ hingewiesen, die die Herstellungskosten beträchtlich erhöhen. Mögen die Herren einmal ihre Rollen wechseln und versuchen, eine Woche mit dem „kürftlichen Lohn“ eines verheirateten Gehilfen zu wirtschaften, für den Lebensunterhalt, für Kleidung und Erziehung der Kinder

zu sorgen. Die Hände würden sie über dem Kopfe zusammenschlagen und ihrer Bewunderung Ausdruck geben, wie ein verheirateter Gehilfe bei solcher Entlohnung noch zu leben vermag. Wäken Sie auch, bitte meine Herren, einmal hinein in die gastliche Stätte eines Buchdruckers, also um den Mittagstisch neben dem Familienoberhaupt und seiner Frau vier bis fünf muntere Sprößlinge mit gesundem Appetit ihre farge Kost verzehren bis auf den letzten Rest. Und schauen Sie ferner, wie eine Buchdruckerfamilie auch mit dem Wenigen haushalten muß. Wir sind überzeugt: Ihnen würde vor Jammer der Appetit vergehen! Ihr Wagen würde sich krümmen. Sie würden Ihr Auto anfurkeln lassen und im nächsten Hotel Einsicht nehmen in die Speisefarte oder dem vielgepriesenen „billigen“ Ostpreußen den Rücken kehren.

Aber die Herren scheinen wenig soziales Empfinden zu haben und wollen sich jeder besseren Einsicht verschließen; denn das, was bei den normaligen Lohnverhandlungen uns zugestanden wird, ist doch n u r d a s M i n i m u m, und hieron noch einen gewissen Prozentsatz in Abzug zu bringen, ist die größte Ungerechtigkeit und wahrlich nicht dazu angetan, die Arbeitsfreudigkeit zu heben. Solche Maßnahmen zehren nur am Lebensnerv und untergraben die Freude am Berufe.

So kann es nicht weitergehen. Auch wir wollen leben. Wir sind nicht schuld an den ungelunden wirtschaftlichen Verhältnissen. Einmütig erheben wir gegen jeden weiteren Lohnabbau eine e r g ä n z l i c h e Protest! Waren wir Buchdrucker die Letzten beim Lohnabbau, ergo müssen wir auch, soweit die wirtschaftlichen Verhältnisse es gestatten, die L e t z t e n beim Lohn a b b a u sein.

Bezirksverein Braunsberg (Ostpreußen).

Das Buchgewerbe im Ausland

Internationales Buchdruckersekretariat

Über die zweite Sitzung der Sekretariatskommission am 20. Juni 1923 ging uns folgender Bericht aus Bern zu: Zur Behandlung der zwischen dem französischen Bucharbeiterverband und den deutschen, jugoslawischen, österreichischen, schweizerischen und ungarischen Verbänden in bezug auf den neuen Gegenseitigkeitsvertrag bestehenden Meinungsdivergenzen soll die erweiterte Sekretariatskommission für die zweite Hälfte August einberufen werden. Bei dieser Gelegenheit sollen auch noch weitere Punkte erörtert werden, so u. a. eine eventuelle Revision der Statuten des Internationalen Sekretariats. Der Kampf in Norwegen ist beendet und die Arbeit am 16. Juni wieder aufgenommen worden. Derselbe hat genau zehn Wochen gedauert. Die noch strittigen Punkte sollen durch ein freiwilliges Schiedsgericht geregelt werden. Alle Arbeiter kehren an ihre Plätze zurück; Maßregelungen dürfen nicht stattfinden. Der Vorstand des Reichsvereins der österreichischen Buchdrucker- und Zeitungsarbeiter macht darauf aufmerksam, daß der Arbeitslosenstand immer noch weit über 10 Proz. aller beschäftigten Mitglieder betrage und keine Aussicht auf Besserung vorhanden sei. Das Reisen in Österreich sei also nicht nur zwecklos, sondern auch unmöglich wegen der damit verbundenen Schwierigkeiten und der exorbitanten Logispreise in den Gasthöfen, die kein Reisender zu erschwingen vermöge. Infolgedessen ist das österreichische Verhandlungsgebiet für alle Zureisenden gesperrt und wird keine Reiseunterstützung ausbezahlt. Die Société typographique Gutenberg in Bukarest teilt mit, daß am 1. Juli d. J. die Verhandlungen mit den Prinzipalen zwecks Änderung einiger Punkte des in Kraft stehenden Kollektivvertrages beginnen.

Österreich. Infolge der großen Gegenfälle, die sich während der Tarifverhandlungen zwischen den Vorschlägen der beiden Vertragsparteien ergaben, mußten die Besprechungen am 21. Juni unterbrochen werden. Die Kartellvertretung hatte aus diesem Anlasse für den 23. Juni in Wien eine allgemeine Vertrauensmännerversammlung angesetzt, wo sie über den bisherigen Gang der Verhandlungen Bericht erstattete. Den Vertrauensmännern wurde damit Gelegenheit geboten, zu den Ausführungen der Tarifunterhändler entsprechende Stellung zu nehmen. Dem Wiener „Vorwärts“ vom 29. Juni entnehmen wir, daß die Unternehmer nur eine Lohnerhöhung von 2 bis 3 Proz. angeboten haben, und daß nur etwa 20 Druckere außerhalb Wiens eine Annäherung an die Entlohnung in der Bundeshauptstadt erfahren sollten. Auch die Lehrlingsfrage sollte in so „großzügiger“ Weise „verbessert“ werden, indem die Prinzipale erst bei 24 Gehilfen einen und vom 49. Gehilfen ab einen zweiten Gehilfen weniger als bisher anerkennen wollten. Dafür sollte aber die Schutzfrist vor dem Lohnabbau auf 2 Proz. gegen bisher 25 Proz. (unter Index) reduziert und die Gültigkeitsdauer des Tarifs auf drei Jahre verlängert werden, während alle übrigen Anträge der Gehilfenschaft betreffend Hilfsarbeiterentlohnung usw. in den Drusus verschwinden sollten. Mit aller Deutlichkeit stellt der „Vorwärts“ dieser sozialen Absicht der Unternehmer den Grundsatz der Gehilfen „Wie der Lohn, so die Arbeit“ gegenüber. Das soll künftig die Lösung der Gehilfenschaft sein, bis der Standpunkt der Unternehmer sich für letztere als revisionsbedürftiger erweisen wird als während der nunmehr ergebnislosen Tarifverhandlungen. Im Geistes zur Auffassung der Prinzipalvertreter, daß nunmehr für das Buchdruckerwerk Österreichs eine tariflose Zeit einbezogen sei, sehen die Gehilfen diese Ansicht nur als einen Schreckschuss an, der in keinen Wirkungen weit eher den Prinzipalen als den Gehilfen gefährlich werden dürfte. Sie werden bald die Erfahrung machen müssen, daß sich die Unzufriedenheit arbeitender Menschen gewiß nicht zu ihrem Vorteil auswirken kann.

Die staatliche Arbeitslosenunterstützung hat durch die zähe Energie der Sozialdemokraten im Nationalrat abermals eine Erhöhung gefunden. Sie beträgt nunmehr in der höchsten Klasse 110 880 Kr. wöchentlich, das ist um 15 Proz. mehr als früher. Auch die Notstandsunterstützung für Ausgesteuerte ist bis 29. Dezember d. J. verlängert worden.

So wie dies schon zu wiederholten Malen in Deutschland der Fall war, hat sich vor kurzem nun auch der Vorstand des Reichsvereins der österreichischen Buchdrucker- und Zeitungsarbeiter sowohl an die Regierung als an die Gemeinde Wien mit einer Denkschrift gewendet, in der vor allem auf die triste Lage des graphischen Gewerbes hingewiesen wurde, und daran das Ersuchen gestellt, beide Körperschaften möchten die notwendigen Mittel zur Verfügung stellen und in vermehrter Weise Druckaufträge in Auftrag geben, um das traurige Los der vielen arbeitslosen Berufsangehörigen im österreichischen Buchdruckgewerbe einigermaßen zu lindern. Daß von diesen beiden Stellen allein dieses getan werden könnte, um die große Arbeitslosigkeit im graphischen Gewerbe (die Kurzarbeit ist von der Prinzipalität schon des öfteren gefordert, jedoch von den beteiligten Organisationen strikte abgelehnt worden) auf ein erträgliches Maß zu reduzieren, bedarf keiner weiteren Frage. Vorläufig sind aber nur schöne Worte gefallen. Die Regierung ist durch das Genfer Sanierungsprogramm vom Abbaufiskus befallen und spart überall am unrechten Orte. Die Gemeinde Wien hingegen, die in letzter Zeit wirklich viel für produktive Arbeitslosenfürsorge getan hat, schien das graphische Gewerbe ganz übersehen zu haben, sonst hätte sie nicht auch schon in den verschiedensten Amtsstellen Berufsförderungsapparate aufgestellt. So lebenswichtig unser Gewerbe einerseits auch ist, es wird trotzdem in vielerlei Hinsicht als leicht entbehrlich betrachtet. Solange die Krone im steten Fallen begriffen war, wurden auch in Wien eine ziemlich Menge von fremdsprachlichen Arbeiten in Auftrag gegeben, die vielen Berufsangehörigen Brot und Arbeit verschafften. Auch diese Arbeiten sind zum größten Teil verloren gegangen.

Die Inzersäffer hat sich in der Zeit von Mitte Mai bis Mitte Juni um nicht ganz ein Prozent positiv ausgewirkt.

Der von der Entente über Österreich eingesetzte Generalkommissar Dr. Zimmermann hat für den „Regierungsrat-Ignaz-Wilhelm-Fonds“ des Verbandes der Wiener Zeitungs- und Korrespondenten für Altersversorgung, Witwen- und Waisenunterstützung seinen Mitgliedern den Betrag von zwei Millionen Kronen gespendet.

Der letzte Rechenschaftsbericht des Reichsvereins der Hilfsarbeiterchaft des Buchdruck- und Zeitungsgewerbes Österreichs, der mit dem 1. Januar 1923 mit dem Buchdruckerhilfsverband verschmolzen wurde, weist für das Jahr 1922 inklusive eines Restbetrags in der Höhe von 219 326 Kr. aus dem Jahre 1921 an Einnahmen 235 325 880 Kr. aus, denen Ausgaben in der Höhe von 197 629 078 Kr. gegenüberstehen. Die Mithaft, die dieser Verein deshalb in die Ehe mitbrachte, beträgt 37 696 802 Kr.

Ungarn. Die Lohnerhöhung, die am 16. Juni im graphischen Gewerbe auf der ganzen Linie einheitlich ins Leben getreten ist, ging bei den Buchdruckern nicht ohne Schwierigkeiten vor sich. Die Ursache lag in der Teuerungstabelle des „Pester Lloyd“, die bekanntlich seit Jahr und Tag als Richtschnur bei den jeweiligen Lohnerhöhungen im ungarischen Buchgewerbe dient. Diese Tabelle hat nun diesmal für den Monat Mai eine um 7 Proz. niedrigere Steigerung der Teuerung ausgewiesen als die zwei andern in Budapest herausgegebenen Teuerungstafeln, wovon die eine vom Gewerkschaftsrat geführt wird. Die vom „Lloyd“ ausgewiesene Teuerung betrug nur 11,35 Proz., die des Gewerkschaftsrates aber 19,16 Proz.: Die Lithographen und Steindrucker, die ihren Lohn nach dem Index berechnen, erhielten, da sie vom letztenmal einige Hundertstel „jüb“ hatten, rund 12 Proz. Lohnerhöhung, während die gemeinsamen Beratungen bei den Buchdruckern ein Resultat von 11,75 Proz. zeitigten. Das ist deshalb ein günstiges Resultat, weil die Buchdruckerarbeiter, die in letzter Zeit ihre Lohnerhöhungen nicht mehr nach dem vollen Index erhielten, jetzt, wie aus den angeführten Ziffern ersichtlich, mehr errungen haben, als die Lloyd-tabelle ihnen zugesichert hätte. Die auffallende Differenz jedoch, die zwischen dem Lloydausweise und den übrigen Statistiken sich zeigte, bewirkte, daß die Vertrauensmännerkonferenz die Vereinbarung mit Rücksicht auf die außerordentlich bedrückende Lage in geheimer Abstimmung mit großer Mehrheit verwarf. Da die Gehilfenvertreter hieraus die Konsequenzen zogen, wurde ein neues Verhandlungskomitee gewählt, das mit den Prinzipalen unverzüglich in Verbindung trat, aber diese zu größerer Einsicht nicht veranlassen konnte. Es fand eine zweite Vertrauensmännerkonferenz statt, die das gleiche Resultat, die Ablehnung der Vereinbarung, ergab. Hierauf übernahm die Sache das Landeskomitee, und diesem gelang es, die Vertrauensmänner zu überzeugen, daß die Annahme der vereinbarten Lohnerhöhung das Kleinere Übel ist. Und so wurde bei der dritten Abstimmung innerhalb fünf Tagen die Annahme der 11,75 Proz. betragenden Lohnerhöhung mit großer Mehrheit erzielt, worauf diese ohne Verspätung eingeführt werden konnte. Das niedrigste Minimum beträgt nunmehr in Budapest für Facharbeiter 17 152 Kr., das höchste 20 699 Kr.; für Hilfsarbeiter das niedrigste Minimum 11 102 Kr., das höchste 12 801 Kr.; für Arbeiterinnen (an jeder Schnellpresse zwei Einzelgerinnen) das niedrigste Minimum 10 269 Kr., das höchste 11 493 Kr. In der Provinz beträgt das niedrigste Minimum für Facharbeiter 15 505 Kr., das höchste 17 883 Kr.; für Arbeiterinnen das niedrigste Minimum 6804 Kr., das höchste 7657 Kr.

Infolge der andauernden Entwertung der ungarischen Krone können der Vereinsbeitrag und die Unterstützungen gleichfalls keine Stabilität bewahren. In kurzen Intervallen müssen auch diese stets erhöht werden. Am 30. Juni wurde von den Facharbeitern ein Wochenbeitrag von 400 Kr., von den Hilfsarbeitern und Arbeiterinnen ein solcher von 250 Kr. erhoben. Die entsprechend erhöhten Unterstützungen (Arbeitslosenunterstützung wöchentlich 4200 Kr.) werden ab 1. Juli gezahlt, wenn die bis dahin vorzunehmende Abstimmung, wozu nicht zu zweifeln ist, dem Antrag der Vereinsleitung zustimmt.

Tschechoslowakei. In letzter Zeit mehren sich die Stimmen in Prinzipalstreifen, die für eine Kündigung des bestehenden Kollektivvertrags mit den üblichen Zielen, wie Lohnabbau, Arbeitszeitverlängerung usw., Propaganda machen. Daß es insbesondere „kerndeutsche“ Druckherren sind (auch dafür sorgen, daß der Nationalitätenrummel nicht zur Ruhe kommt), die in solcher Weise den gewerblichen Frieden untergraben wollen, sei nur nebenbei bemerkt; es setzt aber doch, mit welcher besonderen Schwierigkeiten unsere Kollegen in diesem Lande zu rechnen haben.

Schweiz. Die Situation nach dem großen Kampf in schweizerischen Buchdruckgewerbe ist überhört das abfließende Wasser nach Gewittern. Wenn auch der neue Gesamtarbeitsvertrag längst in Kraft ist, so flackert doch da und dort plötzlich ein Zustand auf, der zeigt, daß es unter der Decke noch nicht ganz erloschen ist. Es ist gewissermaßen ein Gewehrbeiführen der Parteien. Von Prinzipalseite wird alles abgeklärt, was irgendwie zulässig ist. Nur ein Beispiel: In der früheren Berufsordnung war bestimmt, daß an Vorabenden vor geschlichen und ortsüblichen Feiertagen um 5 Uhr Schluss sein soll. Im neuen Gesamtarbeitsvertrag heißt es nur: An Vorabenden vor geschlichen Feiertagen... Der Karfreitag ist nun kein geschlicher Feiertag, also wurde am Gründonnerstag einfach bekannt gemacht: Heute wird bis 5 1/2 Uhr gearbeitet. Aber sei dem, wie ihm wolle, der große beachtliche Schlag gegen Lohn und Arbeitszeit gelang eben doch nicht; diese sind in den Gesamtarbeitsvertrag hinübergenommen worden. Und das muß unbedingt als ein Erfolg gebucht werden. Im schweizerischen Buchdruckgewerbe herrscht also noch etwas „dicke Luft“. Die Prinzipale stehen mit Unbehagen der Tatsache gegenüber, daß sich der Typographenbund wieder wegen der Kündigung der Berufsgemeinschaft noch wegen sonstiger taktischer „Liebenswürdigkeiten“ der Unternehmer ins Bodenhorn jagen ließ, sondern allen Erstes nach wie vor bestrebt ist, die Interessen der Gehilfschaft mit großer Energie und Ausdauer zu schützen. Notationsphantasien, schwarze Listen, Arbeitswillenjuche in allen Ländern rings um das Schweizerland usw. sind Zeichen neuer Kampfkräftungen auf Unternehmerseite. Lohnabbau und Verlängerung der Arbeitszeit sind immer noch heftigste erstrebte Ziele der Prinzipalorganisation und ihres Organs, der „Buchdruckerzeitung“. Dabei können die Herren nicht verhehlen, daß in ihrem eignen Organisationsbau allerhand faul ist und täglich morscher wird. Die gewerbliche Preisordnung hat scharfe Gegner in Prinzipalstreifen gefunden. Arge Schmutzkonzurrenz ist in Reinkultur nahezu gewerkschaftlich geworden, seit man sich von einem diesbezüglichen Mitbestimmungsrecht von Gehilfsenseite „freigemacht“ hat. — Der Fischzug der Christlich-sozialen, der Gewerkschaft, ist nicht so glänzend ausgefallen, wie die Herren erwartet hatten. Trotz des Hochdrucks, der namentlich in katholischen Druckereien geübt wird, sind doch verhältnismäßig wenige aus dem Verbande ausgetreten. — Die große Landesgemeinde des Typographenbundes fand am Pfingsten in der alten Bundesstadt in Bern statt, verbunden mit der 75jährigen Jubelfeier der Sektion Bern. Vorgesängig tagte am Pfingstmontag eine Delegiertenversammlung, die von 30 Sektionen mit 55 Delegierten besetzt war. Sie diente in der Hauptsache zur Entlastung der Generalversammlung und erledigte Geschäfte, die sich nicht für die öffentliche Diskussion eigneten. Die Generalversammlung war aus allen Gauen der Schweiz zahlreich besetzt. Eine überaus reichhaltige Traktandenliste harpte der Erledigung. Es waren großenteils organisatorische und Versicherungsfragen, die zur Behandlung standen; sie wurden alle dadurch erledigt, daß beschlossen wurde, eine Gesamtrevision der Verbandsstatuten vorzunehmen, wozu eine neungliedrige Kommission die Vorarbeiten zu besorgen hat. Ein Hauptgeschäft war der Antrag betreffend Schaffung eines graphischen Industrieverbandes. Nach einer langen Diskussion stimmte die Generalversammlung der Schaffung eines solchen Verbandes im Prinzip zu. Es wird aber wohl noch eine Weile vergehen, bis dieser Wirklichkeit wird. — Die Jubelfeier der Typographia Bern gestaltete sich sehr eindrucksvoll. Sieben Kollegen konnten dabei gleichzeitig ihre 50jährige Verbandszugehörigkeit feiern. — Die nächstjährige Generalversammlung findet in Lugano, im sonnigen Süden, statt.

Luxemburg. Laut Mitteilung des Vorstandes des Luxemburger Buchdruckervereins sind die Tarifverhandlungen zu einem ziemlich guten Abschluß gelangt. Aber die Folgen zeigen sich schon beim Inkrafttreten des neuen Tarifs und wirken sich allseits in Entlassungen aus, die teils berechtigt sind, teils aber nach Rezessionen schmecken. Zur Unterstützung der Arbeitslosen müssen Extrasteuern eingeführt werden. Vor Bezug nach Luxemburg wird daher gewarnt. Es ist nämlich ausgeschlossen, daß in nächster Zeit hier Ausländer eingestellt werden können.

Frankreich. Die Sektion Aix-en-Provence hat durch Streik eine Erhöhung des Minimums auf 20 Fr. täglich erreicht. Die Pariser Maschinensetzer erzielten auf dem Verhandlungsweg Anfang Juni eine Erhöhung ihres täglichen Lohnes um 3 Fr., und zwar bei Tagesarbeit von 30 auf 33 und bei Nachtarbeit von 33 auf 36 Fr.; außerdem eine wesentliche Erhöhung der Überstundenentlohnung.

Norwegen. Der Streik im Buchdruckgewerbe Norwegens ist am 16. Juni nach zehnwöchiger Dauer beendet worden. Wie im vorigen Bericht angedeutet, beschloß der Arbeitgeberverband tatsächlich die Aussperrung von 14 000 Arbeitern, wenn bis zum 16. bzw. 10. Juni die Arbeit in den Buchdruckereien nicht aufgenommen würde. Daraufhin machte der staatliche Schiedsrichter den Vorschlag, die Arbeit wieder zu den alten Bedingungen aufzunehmen. In einer großen Versammlung der Kollegenschaft in Kristiania ergaben sich auf dem Wege schriftlicher Abstimmung nur 65 Stimmen für Annahme dieses Vorschlags, der infolgedessen als abgelehnt gelten mußte. Der Schiedsrichter forderte darauf beide Parteien auf, sich einem öffentlichen Schiedsspruch zu unterwerfen, was von den Parteien zugesagt wurde. Hierauf wurde die Arbeit am 16. Juni wieder aufgenommen, von welchem Zeitpunkt an auch die vom Schiedsgericht festgesetzten Lohn- und Arbeitsbedingungen gelten, worüber uns jedoch unser Gewährsmann noch keine näheren Einzelheiten berichten konnte. Wir konnten nur in Erfahrung bringen, daß bis zur Verkündung des Schiedsspruchs die alten Löhne weiterbezahlt werden, alle Arbeiter sind wieder an ihre alten Plätze getreten, Maßregelungen durften nicht stattfinden und alle Kündigungen wurden zurückgenommen. Die Ursachen des Streiks waren eine von den Unternehmern verlangte Herabsetzung des Lohnes um 15 Proz., die Nachtarbeitszeit der Maschinisten sollte um drei Stunden verlängert und die Ferienbestimmungen derart verschlechtert werden, daß es fast zur Unmöglichkeit geworden wäre, überhaupt noch Ferien zu bekommen.

Großbritannien. Die Sommerflaute herrscht in diesen Tagen im englischen Buchgewerbe fast überall. Die Ferienzeit ist wieder da, und dieser Umstand sowie die politische Unruhe in Europa scheinen verantwortlich für die fortdauernde schlechte Lage in der englischen Druckwelt. Es scheint alltägliche Wahrheit zu sein, daß das Buchgewerbe die allgemeine Wirtschaftslage eines Landes widerspiegelt, und nirgends in der Welt ist diese Wahrheit mehr bemerkbar als heutzutage in England. Der verwirrende Marktsturz sowie die tiefbedauerlichen Vorgänge im Ruhrgebiet haben eine nachteilige Rückwirkung auf die Wirtschaftslage in England gehabt; doch sind Zeichen am politischen Horizont, daß die Arbeiter Englands schon anfangen, ernster über diese Sachen nachzudenken.

Was die Ferien anbetrifft, so hat die Leitung des Provinzverbandes ein Gesuch an die Druckereibesitzer gerichtet mit der Absicht, die Stellen der abwesenden Kollegen womöglich während der Ferienzeit durch Arbeitslose zu besetzen. Einige Prinzipale tun dies gewöhnlich ohne besondere Anregung, aber die meisten nehmen es nur als letzte Zusage, und die Erfahrung der letzten paar Jahre in dieser Sache ist nicht ermunternd für die Arbeitslosen.

Fachleute innerhalb und außerhalb des Gewerbes behaupten von Zeit zu Zeit, daß eine Bewegung nach künstlerischer Arbeit in der Herstellung von Büchern in England offenbar ist. Als Zeichen dieser Bewegung weisen sie auf die Internationale Buchausstellung der Medico-Gesellschaft in den Grafton Galerien in London hin, die im Monat Juni dem Publikum offen stand. Es war eine schöne und lobenswerte Ausstellung von mehr als 400 der modernsten Bücher, meistens englisch oder amerikanisch. Es wird aber von Kritikern behauptet, daß die englischen Bücher gar nichts Besonderes sind, sondern nur das täglige Werk der besten Firmen. Das Resultat war jedoch wirklich überraschend, es zeigt sich eine höhere Entwicklung der englischen Buchkunst seit der Kriegszeit, als man je gedacht hat. Außer den englischen Büchern sah man auch eine Anzahl von deutschen Büchern, die viel Interesse bei den Besuchern fanden. Es sind Bücher da aus der Bremer Presse und der Rupprecht-Pressen in München. Der Euphorium-Verlag stellte verschiedene schöne Bücher aus, unter denen „Drei Jahrzehnte deutsche Buchkunst, 1890 bis 1920“, besonders hervorzuheben sind. Der Insel-Verlag hatte eine schöne Ausgabe der Werke Dantes gesandt. Auch einige sehr schöne Schriftproben von Gebr. Klingpor wurden vielfach bewundert.

Amerika. Streikbrecheragenturen im amerikanischen Zeitungs-gewerbe sind nach einem Bericht des offiziellen Organs der Deutsch-Amerikanischen Typographia seit September 1922 von der Vereinigung amerikanischer Zeitungs-herausgeber gegründet worden, um „Trübel“ in den Zeitungsbetrieben zu vermeiden. Es sollen 51 Zeitungs-herausgeber dieser Streikbrecherzucht ihre Sympathie entgegenbringen. Davon beschäftigen 18 keine Gewerkschaftsmitglieder und 34 seien bereit, ihre Arbeiter wie Hörige oder Sklaven hinzuschicken, wo man sie braucht, ohne sie zu fragen, ob sie wollen oder nicht. Es sollen etwa 950 Maschinisten, 160 Drucker und Stereotypisten dazu zur Verfügung stehen.

Brasilien. Der Vorstand des Verbandes der graphischen Arbeiter in Sao Paulo (Brasilien) teilt folgendes mit: Nach dem letzten benannten Streik mußten noch einige Firmen gesperrt werden, da sie die ganz minimalen Forderungen der Gehilfenschaft absolut nicht akzeptieren wollten. Das Vereinsrecht hauptsächlich wollen sie ihren Arbeitern gar nicht ausstrecken, obwohl sie es für sich im weitesten Maße in Anspruch nehmen. Unter diesen widerspenstigen Firmen tut sich ganz besonders die Compagnie Melboramentos de Sao Paulo (vormals Fa. Weisklog) hervor. Deren Direktor, ein gewisser Herr Alfred Weisklog, das Haupt der Unternehmerraktion im Staate Sao Paulo, ist, soll sich gegenwärtig in Deutschland befinden, um Arbeiter für seinen Betrieb anzuwerben. Die Arbeits- und Lohnbedingungen in diesem Lande sind ganz miserabel, die Lebenshaltung dagegen so unerhört teuer, daß die dortigen Kollegen eine fast unerträgliche Existenz zu führen gezwungen sind. Zu diesen täglich immer schmerzlicher werdenden Verhältnissen gesellt sich noch eine grausame Verfolgung aller gewerkschaftlich organi-

sierten Arbeiter. So ist es schon rassist, von einem Engagement nach Sao Paulo abzusehen, wenn nicht ganz sichere Garantien gegeben werden. Darum Kollegen, aufpassen! Keiner werde zum Verräter an den um ihre Existenz und um das Vereinsrecht kämpfenden Kollegen im Staate Sao Paulo.

Korrespondenzen

Elbing. Eine außerordentliche Versammlung am 27. Juni beschäftigte sich mit dem wider alles Erwarten doch Tatsache gewordenen Durchbruch des Lohntarifs für den Osten. Die Anwesenden konnten es nicht verstehen, daß der Antrag der Prinzipale auf Abbau der Löhne so schnell durchgehen konnte. Der Bezirk Elbing protestiert nachdrücklich gegen jeden weiteren Versuch einer Verminderung der Lohnrückführungen für den Osten!

Bezirksverein Oberschwaben. Zu der diesjährigen auf besuchten Versammlung am 24. Juni im oberbayerischen Bahnknotenpunkt Aulendorf waren Kollegen aus Biberach, Buchau, Friedrichshafen, Ravensburg, Riedlingen, Saulgau, Sigmaringen, Waldsee und Wangen i. A. anwesend. Vorsitzender Kunle erstattete einen kurzen Rückblick seit der letzten Versammlung und bezeichnete die derzeitige Lage in unserm Gewerbe als mäßig, besonders mache sich die Gründung des „Verbo“ (Zusammenschluß von 20 Zeitungen) durch Entlassungen und Kurzarbeit für die oberbayerischen Kollegen sehr fühlbar, da ja die Prinzipale eine Schicksalsgemeinschaft mit den Gehilfen in unserm Sinne nicht kennen. Auch haben uns Konkurrenzneid und Profitgier die bisher in unserm Bezirke unbekanntes Nachtarbeit gebracht. Nach Bekanntgabe des Kassenberichts und Feststellung der Präsenzliste ergriff unser direkt aus Berlin von den Lohnverhandlungen kommender Gauvorsitzer Klein nach Bekanntgabe des neuesten Lohnabkommens, das ja der Summe nach hoch erscheinen mag, aber bei der rapid fortschreitenden Teuerung in Wirklichkeit bei Inkrafttreten schon wieder überholt ist, das Wort zu seinem Vortrag: „Die gewerbliche Lage und unser Verband“. Eingehend schilderte er die heutige Lage im Buchdruckgewerbe sowie die Licht- und Schattenseiten des derzeitigen Tarifs und forderte zum Schluß die Versammlung zu gemeinsamer Mitarbeit an Erreichung des Freilandes der Arbeit auf. Das mit allgemeinem Beifall aufgenommene Referat fand in der lebhaften und auf erfreulicher Höhe stehenden Diskussion Zustimmung. Den Situationsberichten der Mitgliebschaften durch ihre berufenen Vertreter brachte die Versammlung großes Interesse entgegen und ihre Ausführungen fanden einheitlich in der jetzigen wirtschaftlichen Not ihren Niederschlag. Bei Punkt „Wahlen“ wurde die bisherige Vorstandschaft einstimmig wiedergewählt. Am Schluß der reichhaltigen und anregenden Tagesordnung kamen noch interne Angelegenheiten zur Sprache. Die Bestimmung des nächsten Tagungsortes und -termins bleibt der stets wechselnden jetzigen Zeitverhältnisse wegen dem Ausschuss überlassen.

Allgemeine Rundschau

Die neuerliche Festsetzung des Druckpapierspreises eine öffentliche Gefahr! Die Zeitungsverlegerorganisation hat Mitte dieser Woche die Öffentlichkeit unter dieser Überschrift unterrichtet, wie die Verhandlungen über den Zulupreis verlaufen sind. Am 28. Juni begannen die Verhandlungen. Die Fabrikanten forderten 7000 M. pro Kilo zusätzlich eines Aufschlags für Zellstoff nach dem Dollarkurs vom 30. Juni. Das Reichswirtschaftsministerium hatte auf derselben Grundlage 6300 M. errechnet. Die Zeitungsverleger wollten höchstens 6200 M. anerkennen. Daraufhin wurden die Verhandlungen abgebrochen. Ohne nun weiteres abzuwarten, haben die Fabrikanten eigenmächtig den Preis auf 7350 M. für das Kilo festgesetzt; jedoch nur bis zum 15. Juli geltend und jede Kohlenpreiserhöhung bis dahin sofort noch dazu. Für die zweite Juliwoche soll der durchschnittliche Dollarkurs der vorausgangenen Wochen maßgebend sein, was an Beispielen von dem Fabrikantenverband erläutert wird; Kohlenpreiserhöhung wiederum sofort dazu. Die Zeitungsverleger bezeichnen die Preise überhaupt als wesentlich zu hoch und erheben auch gegen die neuen Zahlungsbedingungen schärfsten Protest. Von Bedeutung ist die Anführung, daß der Zeitungsverlegerverein sich darauf sogleich an das Reichsarbeitsministerium gewandt hat, damit es eingreife; eine Antwort sei nicht erfolgt. „Es muß daher angenommen werden“, heißt es in dem Notruf resigniert, „daß das Reichsarbeitsministerium sich nicht weiter um die Festsetzung der Papierpreise kümmern will. Somit wäre auch die Festsetzung der Preise für das Druckpapier, welches zur Herstellung der Zeitungen verwendet wird, schußlos der Willkür der Fabrikanten ausgeliefert, wie man dies leider auch bei andern lebenswichtigen Artikeln beobachten muß.“ Wenn man gegen eine öffentliche Gefahr, die eigen zunächst selbst umbringt, keine andern Abwehrmittel hat als einen solchen Notruf und auf die 35 143fache Verteuerung keine andere Antwort weiß, dann werden die Abonnenten auf ihre Weise den Herrschaften wohl noch Weine machen müssen. Die rückstillslos draufschendenden Papierproduzenten (worunter Stinnes bei der Zellulose an erster Stelle) und der den Großverdienern nie ungelogen kommende volksparteiliche Minister Becker scheinen ja zu wissen, was sie den Bestkern der siebenten Großmacht bieten können.

Wettrennen zwischen Dollar und Buchhandelskassette. Ab 5. Juli geht es in 3000-Grünnen hinauf; zunächst 12 000. Also am 4. Juni: 4200, am 11. Juni: 5000, am 21. Juni: 6300, am 25. Juni: 8000, am 30. Juni: 9000, am 5. Juli: 12 000. Bei solchem Tempo wird selbst dem

Dollar der Atem ausgehen. Was für den Buchhandel bei diesem Preis- schieben herauskommt, wird sich sehr bald zeigen. Dann kann man ja diesen Deuten ihre früheren Mäßigkeitspredigten für andre vorlesen.

Hauptversammlung des Deutschen Buchdrucker-Vereins. Am 9. Sep- tember soll in Schandau die diesjährige Tagung der Prinzipalität statt- finden. Der Hauptvorstand beantragt einstweilen eine Söbererung der Geschäftsabrechnung, nach der die Anzahl der Abgeordneten sich richtig; also Verzinsung der Delegiertenzahl. Weiter sollen für die gewählten Mitglieder des Geschäftsführenden Ausschusses ebensoviel Stellver- treter bestimmt werden.

Neuer Reichstarif für die Druckereibuchbinder. Die vom DVB. voll- zogene Kündigung des alten Vertrages zum 30. Juni hat nun einen Ersatz gebracht, der zwischen Arbeits- und Lohnbedingungen unter- scheidet. Die ersteren richten sich für die in Buchbinderabteilungen be- schäftigten männlichen und weiblichen Personen zumeist nach dem Manteltarif der Buchdrucker, die Löhne nach den für das Buchbinder- gewerbe getroffenen Vereinbarungen, um, wie es in der „Zeitschrift“ heißt, die Entlohnung im Stundenlohn und die gerechtere Bezahlung der Jugendlichen beizubehalten.“ Von Arbeiterseite war verlangt wor- den, auch Lohn- und Ortszuschlag der Buchdrucker zu übernehmen. Die „Buchbinderzeitung“ äußert sich im allgemeinen befriedigt von dem neuen Manteltarif mit dem DVB. und stellt dessen Unterhändlern das Zeugnis aus, daß sie durch die Tarifgemeinschaft der Buchdrucker gereift seien. Die Buchdruckerbuchbinder unterstehen übrigens den Schieds- ämtern der Buchdrucker bei Streitigkeiten. Abschließend sagt die „Buchbinderzeitung“: „So sehr das Auseinanderfallen des groben Spi- tarifs zu bedauern ist, muß doch andererseits anerkannt werden, daß der hier zum Abschluß gelangte neue Reichstarif für unsere Kollegenschaft in den Druckereien einen wesentlichen Schritt vorwärts bedeutet.“

Zur „Gehaltsreglung“ für die Faktoren im Juni. Die nach dem neuen Faktorentarif eingeführte kreisweise Festsetzung der Faktoren- gehälter zeigt immer mehr Unzuträglichkeiten für die Faktoren. Teils verlaufen die entsprechenden Verhandlungen in den einzelnen Kreisen ergebnislos, teils führen sie zu einer so verzögerten Verständigung, daß die Veröffentlichung der Resultate in den Fachblättern erst gegen Mitte des nächsten Monats erfolgen kann; außerdem sind dann die meisten der diesbezüglichen Veröffentlichungen lüdenhaft oder so unklar, daß insbesondere die Faktoren in den mittleren und kleineren Druckorten, ja selbst in manchen Großstädten, nicht wissen, woran sie sind. So war z. B. die deutsche Faktorenzeitung, „Die Graphische Welt“ in ihrer Num- mer vom 1. Juli, die jedoch diesmal noch mit einigen Tagen Ver- spätung in die Hände ihrer Leser gekommen sein wird, noch nicht in der Lage, ein vollständiges Verzeichnis der Ergebnisse in den verschiedenen Kreisen zu veröffentlichen. Es lagen danach nur solche für die Kreise V, VII, VIII und IX vor, während für die Kreise I, II, VI, XI und XII auch der Redaktion des Organs des Faktorenbundes noch keine Verhand- lungsergebnisse bekannt waren; in den Kreisen III und IV waren die Verhandlungen überhaupt noch ergebnislos gewesen. Die „Zeitschrift“ hüllt sich, nebenbei bemerkt, auf diesem Gebiete in großes und charakte- ristisches Schweigen. Soweit jedoch Verständigungen zu verzeichnen sind, herrscht ein so großes Durcheinander, daß an eine einheitliche Zu- sammenfassung gar nicht zu denken ist, und für Aufzählung der vielen Einzelheiten fehlt uns der Raum. Es bleibt uns daher nichts andres übrig, als die vielen Fragesteller aus dem ganzen Reiche, die sich tag- täglich an uns wenden, darauf aufmerksam zu machen, daß sie sich an die Vertrauenspersonen der Freien Faktorenvereinigungen wenden müssen, deren Adressen im Inseratenteil der heutigen Nummer des „Korr.“ an- gegeben sind. Von einer Empfehlung an die Adressen des Hauptvor- standes des Faktorenbundes oder der einzelnen Kreisvorstände des Bundes müssen wir Abstand nehmen, weil der Bund nach dem Verlauf seiner letzten Hauptversammlung vor den freien Gewerkschaften eine gewisse Scheu hat und von einer ehrlichen und offenen Zusammenarbeit mit den freien Gewerkschaften und Angestelltenorganisationen nichts wissen will. Daß aus einer solchen Kabubulei vor Prinzipalswünschen für den Faktorenbund nur eine Ohrfeige nach der andern übrig bleibt, war zu erwarten. Die kreisweise Gehaltsverzögerung anstatt „reglung“ ist der beste Beweis dafür!

Zeitungswissenschaftliche Institute. Die Ende Juni in Münster ab- gehaltene Delegiertenversammlung des Reichsverbandes der Deutschen Presse hat nach befriedigender Kenntnisnahme von den Einrichtungen dieser Art an der Universität Münster i. W. ihre früheren Anträge bei den Regierungen der Einzelländer betreffend Errichtung zeitungswissen- schaftlicher Institute erneuert. Ebenso erging an die Verlegerchaft die Bitte, das Institut in Münster nach Kräften zu unterstützen.

Große Lohnkämpfe in Berlin. Es ist schon etwas andres, wenn die Metallarbeiter, die Holzarbeiter und die Zimmerer zu gleicher Zeit streiken, als wenn in der Reichshauptstadt eine größere Anzahl kleinerer Gewerkschaften zu dem letzten Mittel greifen. Ein solches Zusammenfallen von großen Lohnkämpfen ist seit langem nicht in Berlin zu verzeichnen gewesen. Die hochgespannte Situation, die Bodenrigkeit der Unternehmerverbände im Bewilligen teuerungsent- sprechender Löhne sowie das Ausweichen und Verschleppen mit den wertbeständigen Löhnen in der Zentralarbeitsgemeinschaft haben eine gefährliche Stimmung geschaffen. Die Arbeiter haben aber den großen Lohnbetrug, der mit dem Marktzug betrieben wird, satt. Deshalb heben sich die Metallarbeiter, nachdem sie in Urabstimmung schon ein- mal mit großer Mehrheit den Streit als Antwort auf die unge- nüglichen Zugeständnisse beschlossen hatten, von dem Schiedspruch des Reichsarbeitsministeriums (9000 M. Spitzenlohn) nicht mehr um- stimmen. Die für die letzte Juniwoche zunächst nur auf 6500 M. Spitzen-

lohn bewilligungsbereiten Metallindustriellen wollten schließlich für die erste Juliwoche bis 9500 M. gehen, aber es war schon zu spät. Nach- dem diese Nummer im Umbruch fertig, erfahren wir, daß von den Les- tungen aus eine nochmalige Urabstimmung beschlossen worden ist; An- erkennung der Industriellen liegt schon vor. Die Zimmerer wollten einen Schiedspruch mit 9500 M. Stundenlohn bis 4. Juli zwar an- erkennen, aber der Unternehmerverband lehnte ab. Dabei sofort Streik. So wird es wohl im gesamten Baugewerbe kommen. Die Holzarbeiter streiken schon eine Woche lang. Die Ar- beiter fordern 11 000 M., die Unternehmer wollten bis 9500 M. mit- gehen. Die nächsten Tage werden in Berlin weitere Entscheidungen über Krieg und Frieden bringen.

Internationaler genossenschaftlicher Jahrestag. Der Internationale Genossenschaftsbund vertündet: Genossenschaftler der Welt vereintat euch! Die Ernte wartet auf euch. Die Zahl der Mitkämpfer wird be- deutend größer, die Gelegenheit ist groß und der euch erwartende Er- folg ist der durch die Genossenschaftsbewegung gereichtete Weltfriede. Die genossenschaftliche Internationale hat beschlossen, den 7. Juli als internationalen genossenschaftlichen Jahrestag zu begeben. Es gilt, diesen Tag als genossenschaftlichen Werbe- und Aufklärungsstag zu ge- stalten; Genossenschaftlerinnen, Genossenschaftler, der 7. Juli als internationaler Werbetag muß ein weiterer Schritt im Auf- stieg eurer Genossenschaft sein. Wirkt dafür in Haus, in Werkstatt und Betrieb. Die Zukunft gehört der Genossenschaft als Träger der Gemein- schaft!

Briefkasten

M. A. in S.: Selbstverständlich haben sich die im „Korr.“ Gehten suchenden Firmen der nünftigen Raumbeschränkung, d. h. Vermeidung größerer Schriftgröße, welcher Räume, Einfassungen, zu befehlen wie die Stellung jugendlichen Gehilfen und über- haupt alle zu dem ermäßigten Preise inserierenden. — W. H. in G.: Nur nicht ängst- lich, das ist keine Reichsachse für uns. — W. D. in G.: Sie haben für Ihre Arbeitsmarktanzeige doch offenbar abgesehen zu viel Geld eingekandt. Die Anzeige er- scheint in der nun üblichen Form, in der sie übrigens ebenso gelesen wird, den Werbe- betrag aber erhalten Sie auf Ihre Kosten zurückgelandt. — B. in D.: Am Zentralver- band der Angestellten (Berlin SO 20, Prantenstraße 40/41) gibt es eine Reichsachsegruppe Papier. Dazu zählen der Angestelltenverband des Buchhandels und des Buch- und Zeitungsverwes. Das Organ „Die Werte“ erscheint jeden zweiten Mittwoch mit der Monatszeitschrift „Der freie Angestellte“ für die Angestellten des Buch-, Kunst- und Verlagswesens. — G. R. in G.: Solche Beiträge sind uns sehr willkommen. — F. D. in G.: Freuen uns, daß man sich dort immer den Blick frei hält. — O. M. in W.: Senden Sie ein, wird vor- behaltlich notwendiger Abänderung ausgenommen; Koro geht also nicht verloren. — W. R. in S.: Mit Interesse gelesen. — G. H. in G.: Freuen uns über prompte Er- ledigung, werden ebenso prompt handeln. — K. G. in D.: Das hätten Sie einen Tag früher absenden müssen, braucht doch zwei Posttage. In letzter Minute können wir, auch wenn gerade Rohverhandlungen sind, doch nicht alles möglich machen. Heut- zutage muß man sich sofort auf die Hufe legen, sonst sind die nächsten Verhandlungen bereits im Gange oder gar schon vorüber. — R. W. in Hl.: 0400 M.

Zur gest. Beachtung! Artikel in Sendungen muß unbedingt eine Mitglied- schäftsbescheinigung beigelegt werden, wenn der Absender weiß, daß er der Redaktion nicht bekannt sein kann. — Ver- sammlungsberichte sind innerhalb einer Woche einzuliefern. — Kurzaufstellung bei Wahlen wie auch bei Verammlungsberichten unabweisbares Gebot. — Abfäzungen in Inseraten dürfen nicht so weit gehen, daß die Anzeige dadurch unleserlich wird, sonst ist das Geld dafür umsonst aus- gegeben. Die Zeilenzahl ist bei kleinen Anzeigen richtig auszurechnen und der ent- sprechende Betrag gleich mitzuliefern. — Die jeweiligen Postsätze be- zogen genau zu beachten, da ungenügend frankierte Sendungen nicht angenommen werden können.

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 20, Chamißplatz 5 II. Fernruf: Amt Kurfürst Nr. 1191 Postkassenkonto: Berlin Nr. 102887 (B. Schweiniß)

Gehe Staatskarten einfinden!

(Nicht graue, wie in den Nummern 61, 62 bekanntgegeben.)

—Späterer Einlieferungstermin für II. Quartal: 12. Juli. Eilfertig für die Prüfung der Arbeitslosen: 30. Juni. Auf richtige Frankierung der Staatskarten ist zu achten! Die Hauptverwaltung.

Gau Mittelhain. Unsern Mitgliedern, den Orts- und Bezirkskassieren zur gest. Be- achtung, daß der Gauvorstand auf Grund des § 23 der Gauhaushalts den wöchentlichen Beitrag zur Gaukasse mit Wirkung ab 1. Juli auf 400 M. erhöht hat. Eilfertig ist der erhöhte Beitrag für die Woche vom 1. bis 7. Juli fällig. Wir bitten die Vor- stände, auf den örtlichen „Mitteilungen“ von dieser Erhöhung des Beitrags Notiz nehmen zu wollen.

Gau Württemberg. Den außerhalb unsres Gaues wohnenden Mitgliedern des Unterhaltungsvereins für Buchdrucker und Schriftsetzer in Württemberg zur Nachricht, daß der W o c h e n b e i t r a g bis 29. Juli 1922 auf 50 Pf., bis 30. Dezember 1922 auf 2 M. festgelegt war. Für das erste Quartal 1922 ist der Wochenbeitrag auf 10 M., für das zweite Quartal auf 50 M. und für das dritte Quartal auf 100 M. erhöht worden; wir bitten dringend um Beachtung dieser Sache. Bei Überlegung der Dattungen wird eine Aufstellung der Unterhaltungsgröße, die eine wesentliche Erhöhung erfordern, be- gelegt; für Porto bitten wir jeweils den niedersten Satz für Drucksachen beizufügen.

Bezirk Gohla. Der Bezirksbeitrag beträgt für das laufende Vierteljahr 800 M.

Bezirk Neuzuplin. Ab 1. Juli beträgt der Bezirksbeitrag 2½ Proz. des ordentlichen Verbandsbeitrages, das sind 150 M. pro Woche.

Adressenveränderung

Gera (Bezirk). Wegen Erkrankung des Vorsitzenden Kraft bis auf weiteres Aufsicht an F r i t z T r a u m a n n, Klauenstraße 86. Bezirk Krefeld. (Maschinenbetriebsvereinigung.) Vorsitzender: Otto P ü h, Kronprinzen- straße 99. Eisen i. Westf. (Bezirk und Ort.) Vorsitzender: Philipp Merkel, Marburger Straße 2; Kassierer: Karl K l a a s, Hüßstraße 23 I.

Arbeitslosenunterstützung

Bezirk Greifswald. Das Verbandsbuch des Druckers Ernst Gerlach (Hauptbuch nummer 26176, Berlin G47) ist verloren gegangen und wird für unaltig erklärt. Dem- selben wurde ein neues, Hauptbuchnummer 2618, Leder 532, angeheftet.

Leipzig. Auf der Fahrt von Leipzig nach Wittenberg ist dem Drucker Walter Döring anlässlich des Westlandstich 1927/28 verloren gegangen.

Versammlungskalender

Mischersleben. Versammlung Sonnabend, den 7. Juli, abends 8 Uhr, im „Besehornhaus“ (Zimmer 5).

Berlin. Stereotypen-Generalsammlung Sonntag, den 15. Juli, vormittags 10 Uhr, im „Dresdener Kasino“, Dresdener Straße 90.

Anzeigengebühr: Die sechsgespaltene Zeile 100 Mark für Vereins-, Arbeitsmarkt-, Fortbildungs- und Todesanzeigen, sonstige Anzeigen 500 Mark. Abtast wird nicht gewährt.

Anzeigen

Annahmefrist: Montag und Donnerstag mit erster Postbestellung für die jeweilig nächstfolgende Nummer. Kleinere Einzelanzeigen nur mittels Postschekkeinzahlung.

Buchdruckerverein in Hamburg-Altona Dienstag, den 10. Juli, nachmittags 6 1/2 Uhr, im oberen großen Saale des „Gewerkschaftshauses“ Vertrauensmännerversammlung

Verein der Stereotypen u. Galvanoplastiker Berlins und Umgegend Sonntag, 15. Juli, vormittags 10 Uhr, im „Dresdener Kasino“, Dresdener Straße 90; Versammlung Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Mitteilungen. 3. Bericht des Vorstandes. 4. Bericht des Kassierers. 5. Antrag des Vorstandes über Beitragsverpflichtung. 6. Verschiedenes.

Freie Faktorenvereinigung (V.d.D.S.) Zentralkommission Berlin. Vorsitzender: G. Wagner, Berlin O 17, Madaistraße 111. Kassierer: Aug. Engwer, Berlin SO 38, Wiener Straße 34. Postfachkonto: Berlin NW 7, Nr. 4281.

Kreis I: Christian Eichmann, Melle 1. Hamm, Kl. Masch 20; Heinrich Wedde, Bremen, Madaistraße 106. Kreis II: Laurentz Herker, Köln-Deutz, Garwischstraße 70. Kreis III: Rudolf Schlotterbeck, Frankfurt a. M., Schulze-Dehlsch-Straße 77. Kreis IV und V: Für diese Kreise möge sich sofort je ein Funktionär beim Vorsitzenden melden.

Einbruch, Diebstahl und Überfall unmöglich, wenn Sie den besitzn. v. vielen gr. Polizeipassanten anerkannt, schützt vor Fahrrad- u. Automobil Diebstahl, Verabreichung, schützt Haus, Hof, Stallungen, auf der Reise, im Zuge, Hotel usw. Überall praktisch anzubringen. Durch geringste Tätigkeit des Diebes erlösen 6-10 Alarmchiffre zur Aufmerksamk. d. Besitzers. Preis 14000 M. Schlüssellochperrerr „Kobold“, 25 Schlüsseln 12000 M. Sicherheitschl. „Ston“ f. alle steh. Pers. 7000 M. „Jeder schließt“ f. Türen, Schlösser, St. 15000 M. Stahltr. „Blitz“ für alle Angestellte 4000 M. Spionkoppel mit Ledererschlaufe, bequem, 60000 M. Scheinod-Gaspietole (1 Schlüss.) m. 3 Patr. 43000 M. Repetier-Gaspietole (3 Schlüss.) m. 3 Patr. 230000 M. Nähere Aufklärung in Nr. 50 vom 10. Mal d. J. Preis freibleibend. Prospekt Rückporto. Wiederverkäufer gesucht!

Verlandhaus „International“, P. Frieke, Neukölln 8, Allerstraße 14/10. Einzahlung auf Postcheckkonto Berlin 33947 oder nur per Nachnahme.

Tüchtiger Drucker geeignet zur Vervielfältigung aller Buchdruckerarbeiten, insbesondere der Illustration, mit guten Einrichtungen am Vogenanlegeapparat „Cimplex“, in Dauerstellung gefügt. Off. unter „Cimplex“ befördert Köditz, Berlin, Luisenufer 42.

Junger, vorwärtsstrebender Aktiendanzler, mit la Zeugnisse, sucht Stellung als

Kalkulator Mit dem Preis- und Lohnnachricht sowie mit Buchführung und Stenographie vertraut. Werte Offerten unter K. A. 40 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstraße 7, erbeten.

Wo ist Platz frei für tüchtigen Aktiendanzler (auch wirkungsvolle Inserate usw.)? Alter 30, ledig, gesund, vorwärtsstrebend. Beste Zeugnisse. Vereits als Erster tätig gewesen. Werte Offerten an P. Ulbrich, Dresden-A., Marschnerstr. 32 II.

Leidiger, tüchtiger und vorwärtsstrebender Typographischer 23 Jahre alt, stiller und korrekter Setzer an allen Modellen, guter Maschinenkennner und -pfleger, in allen Facharten tätig, sucht für sich, angeh. Stell., am liebst. i. Mittell. od. Süddeutschl. Off. Offerten unter F. N. 29 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstraße 7, erbeten.

Typographischer ledig, mit allen Modellen bestens vertraut, an korrektes Arbeiten gewöhnt, mit elektrischer Heizung vertraut, effizienter Maschinenkennner und -pfleger, schon in Großbetrieben tätig gewesen, sucht sich zu verändern. Am liebsten Süddeutschland. Offerten unter Nr. 11 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstraße 7, erbeten.

Typographischer wirklich erstklassiger Werkseher, gewissenhafter Monteur und Maschinenpfleger, 20 Jahre Praxis, seit zehn Jahren als Erster tätig, wünscht sich nach Leipzig als Erster oder Alleiniger zu verändern. Gegenwärtig seit 15 Jahren in ungekündigter Stellung. Eintritt nach Abereinkehr. Gest. Angebote unter Nr. 31 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstraße 7, erbeten.

Tüchtiger Maschinenmeister erfahrener Werks-, Akzidenz- und Plattendrucker, mit Saugersapparat vertraut, sucht Stellung. Egal wohin! Gest. Angebote unter Nr. 493 an die Geschäftsstelle dieses Blattes, Leipzig, Königstraße 7, erbeten.

Buchdruckmaschinenmeister 21 Jahre alt, im Akzidenz-, Werks-, Illustrations- und Farben- druck nur Bestes leistend, sucht Stellung im Ausland. Gest. Angebote unter Nr. 493 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstraße 7, erbeten.

Gewandter, tüchtiger Linotypeseher der die Mechanik der Maschine vollkommen beherrscht, für Maschinens- und Handsatz sofort gefügt. Emil Grisech, Buchdruckerei u. Zeltungsverl., Hamm i. Westf.

Tüchtiger Typographischer sofort gefügt. „Der Grasshopper“, Moers.

Tüchtiger Monotypeseher zu sofortigem Eintritt gefügt. Julius Selby, Langensalza (Thür.).

Wirtlich tüchtigen Stereotypen besonders erfahren im Wärtensschlag, sucht Verlags-Verlag, Pöthen.

Offetdrucker für „Vogelband“ mit Rotary-Anlegeapparat zum baldigen Antritt gefügt. Müg. wirtsch. guter Fachmann sein. Angebote an Fischer & Kisten, Leipzig, Johannsgasse 8.

Altes, gutgehendes Geschäft (Witwe) sucht für sofort Typographen Gest. Offerten erbeten unter L. O. 931 an Rudolf Mosse, Leipzig.

Tüchtiger Setzer 47 Jahre alt, ledig, in allen Facharten veranbert, flott und korrekt arbeitend, steht in Kalkulation, Preisberechnung und Korrekturfesen (Meißnerstil), sucht passende Stelle. Eintritt 14 Tage nach Engagements. Julius Reiner, Buchh. in Thür., An der Gasel 14.

Stereotypen geleiteter Setzer, perfekt in Rund- und Flachstereotypie, sucht Stellung, auch als Setzerstereotypen Angebote erbeten an G. Kühn, Feib., Wabstaben-Werkstadt Ga II.

Welch Münchner Kollege gewährt mir vom 14. bis 17. Juli einfaches Nachtlager? Alex. Herrmann, Berlin SW 61, Schleiermacherstraße 71.

Musikinstrumente aller Art Garantie für tadellose Stille. Preisliste frei. Max Dörffel, Klingenthal i. Sa. Nr. 15

Linotypeseher erste Kraft, 32 J. alt, sof. St. l. Rheinl. Pr. Industriegeb. bev., aber n. Westf. B. Beugn. u. Ref. f. d. h. zur Verf. d. Bl. u. Nr. 34 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstr. 7, erb.

Junger, lediger Linotypeseher mit nur la Sachleistungen u. Maschinenkenntnissen wird gefügt. (Zach.) Gest. Offerten unter Nr. 33 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstraße 7, erbet.

Gleich wohl! Suche sofort Dauerstellung als perfekter Schweizerdegen 21 Jahre alt, ledig, tüchtig im Satz und Druck, an selbständiges Arbeiten gewöhnt. Gest. Angebote an Richard Träger, Berlin N 63, Vydyener Straße 13. [12]

Junger Buchdrucker perfekt im Satz und Druck, mit guten Allgemeinkenntnissen sowie in Buchführung und im Deutschen, ungekündigt, sucht geeignete Stellung, eventuell als Stütze d. Chefs. Gest. Offerten erbeten unter Nr. 15 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstr. 7, erbeten.

Messinglinienfaktor langjähriger, selbständiger Leiter einer Messinglinienfabrik, erfahren in allen vorkommenden Arbeiten, sucht Stellung, auch im Ausland. Derseibe ist auch fähig, eine kleine Messinglinienfabrik einzurichten. Angebote unter E. G. 5 an an die Geschäftsstelle dies. Bl., Leipzig, Königstr. 7, erbeten.

Diplome zu Vereinstätigkeit Ver. d. Bild.-Verb. d. Dtsch. Buchdr. Leipzig, Salomonstraße 8 III.

Espanita-Jernkurse siehe: „Korr.“ Nr. 44 und 45. Am 17. Juni verstarb unser lieber Kollege, der Setzer J. F. E. Brauns aus Jechow, im Alter von 62 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Der Buchdruckerverein in Hamburg-Altona.

Am 21. Juni verstarb nach kurzer Krankheit unser lieber Kollege, der Setzer Gustav Eggert aus Landsberg, im Alter von 64 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Die Mitgliedschaft Weimar.

Infolge Unglücksfalls verstarb am 6. Juni unser lieber Kollege, der Setzer Franz Wbl aus Götter, im Alter von 45 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Bezirksverein Köln. „Eutenberg“.

Für den „Korrespondent“ ist: die Geschäftsstelle und Inseratannahme Leipzig Königstraße 7, die Telefon-Nr. 14 111., das Postfachkonto Leipzig Nr. 613 28.

Am 21. Juni verschied nach längerem Leiden im Alter von 73 Jahren der langjährige Obmann der Zentralkommission der Stereotypen- und Galvanoplastiker Deutschlands und frühere Vorsitzende des Berliner Stereotypenvereins, der Kollege Emil Teck

Mit ihm ist ein Kollege von uns gegangen, welcher in ausopfernder, rastloser Tätigkeit für die Interessen des Berliner Vereins und die gesamte Kollegenchaft Deutschlands sein Bestes gab. Aus kleinen, verworrenen Verhältnissen erstarbte der Berliner Verein unter seiner Leitung zu einem großen, stolzen Bau, und nahezu 20 Jahre leitete er als Obmann der Zentralkommission mit Umsicht und Tatkraft die Geschäfte der zentralisierten Stereotypen- und Galvanoplastiker Deutschlands, bis ihm das Alter und sein Gesundheitszustand zwangen, sein Amt im Jahre 1920 auf dem Nürnberger Kongress in die Hände der Kollegen zurückzugeben. Trauend steht die Kollegenchaft Deutschlands an der Bahre dieses Mannes, von welchem wir mit Stolz sagen können: Er war einer der Besten.

Er ruhe in Frieden! Zentralkommission der Stereotypen- und Galvanoplastiker Deutschlands, Berliner Stereotypenverein.